

Presseausschnitte zum Thema Rosenpark/Spessartviertel:

19.10.2022 Offenbach Post

„Nicht zu ertragen“: Alter Drahtzieher wirkt unter neuem Namen weiter im Brennpunkt



Fünf Hochhäuser mit insgesamt 1019 Wohnungen: Die Wahl der Verwaltung für die Gebäude sorgt für regelmäßig für juristische Auseinandersetzungen, die Urteile des Amtsgericht bleiben jedoch immer ohne Konsequenzen. © Archiv/Dreger

Die Kontroverse um die fünf Hochhäuser im Spessartviertel geht in die nächste Runde. Es gibt zwar eine neue Verwaltungsfirma, aber mit einem bekannten Akteur.

Dietzenbach – Neuer Name, gleicher Akteur: In der aktuellen Erbbauberechtigtenversammlung der [fünf Hochhäuser im östlichen Spessartviertel](#) haben die Teilnehmer und Vollmachtsgeber eine neue Verwaltungsfirma gewählt. Damit ist die vom Gericht jährlich gerügte „Immobilienverwaltung Rosenpark GmbH“ (wir berichteten) erst einmal Geschichte. Nicht jedoch die handelnden Personen.

Geschäftsführer der nun eingesetzten „Immobilienverwaltung FFM GmbH“ ist **Marcel Haufschild**, über Jahre eifriger Hintermann schon bei der Rosenpark GmbH. Gerade ihn hatte das Gericht zuletzt „aufgrund seiner Verflechtungen“ mit dafür verantwortlich gemacht, dass [Verwalter-Wahlen ungültig waren](#). Hatte Haufschild doch einen Sitz im Verwaltungsbeirat und arbeitete zugleich für ein monatliches Einkommen als Berater der Rosenpark-Hausverwaltung. Nun also hat er als Geschäftsführer des neuen Unternehmens gleich komplett die Fäden in die Hand genommen.

Dietzenbach: Methode „Namenswechsel“ im Spessartviertel nicht das erste Mal angewendet

Teilgenommen an der Versammlung im September hatten 43 Eigentümer, viele weiter hatten Vollmachten unterschrieben, so dass ihr Votum ebenfalls in die Abstimmungen einging, heißt es in einem Protokoll. Vorausgegangen war der Sitzung einmal mehr ein Schauspiel mit Kleinkrimi-Charakter: Wegen einer angeblichen schriftlichen Morddrohung gegen einen Mitarbeiter des Hotels, in dem die Zusammenkunft stattfand, wurde Dieter Bracht, Eigentümer, steter Kritiker und ehemaliger Verwalter, per einstweiliger Anordnung von der Teilnahme ausgeschlossen. Er

habe die Erbbauberechtigtenversammlung verhindern wollen, heißt es. Mit Bracht zusammen flossen Stimmen nicht ein, für die er die Vollmacht hatte.

Dabei ist die Methode „Namenswechsel“ nicht zum ersten Mal benutzt worden, wenn es um die Geschicke der fünf Hochhäuser mit insgesamt 1019 Wohnungen geht. Ihren ersten Auftritt hatte die „Immobilienverwaltung Rosenpark“, als sie im März 2017 namentlich die damals eingesetzte „Adam Liegenschaftsverwaltung“ unvermutet ablöste. Dabei wurde der Geschäftsführer Sven Adam, der als Treuhänder für Marcel Haufschild agierte, durch Alexander Minch ersetzt. Vorausgegangen war ein Streit zwischen Adam und Haufschild, angeblich sogar mit heftigen körperlichen Auseinandersetzungen.

Hochhäuser im Spessartviertel: Klage über gefälschte Vollmachten und überteuerte Versicherungen

Seitdem wurde jede Wahl der Rosenpark GmbH vom Amtsgericht Offenbach für ungültig erklärt, zuletzt per Entscheid vom Juli 2021. Konsequenzen gab es indes bisher nicht. Obwohl vom Gericht neben der Beteiligung von Haufschild unter anderem moniert wurde, dass die Verwaltung „unstreitig“ in erheblichem Umfang Geld zulasten der Gemeinschaft ausgegeben habe. Es mangle an den notwendigen Beschlüssen, was eine „grobe Verfehlung“ darstelle. Unter anderem darauf weist auch Bracht, den die bisherige Verwaltung als „Unruhestifter“ bezeichnet, seit Jahren regelmäßig hin.

Er beklagt etwa gefälschte Vollmachten bei den Versammlungen, überteuerte Versicherungen, viel zu hohe Kosten für Hausmeister und Reinigung. Dazu sei eine Sonderumlage in Höhe von 500.000 Euro gekommen. Notwendig sei sie zur Tilgung von Schulden von annähernd einer Million Euro, die bei Stadtwerken, Städtischen Betrieben und Energieversorgung Dietzenbach für Abfallentsorgung, Frisch- und Abwasser sowie Fernwärme aufgelaufen sind.

Dietzenbach: Chaotische Zustände im Spessartviertel wegen Energiekrise?

Gerade im Bereich der Energiekosten macht sich auch Kristof Felsoe große Sorgen. Seit zehn Jahren ist er Eigentümer einer Wohnung im Spessartviertel. „Ich habe einen guten Mieter, aber das ist auch schon alles, was dort positiv ist“, erzählt er. Gerade die Auflistung der Nebenkosten stelle ihn regelmäßig vor große Herausforderungen. „Es liegen keine belastbaren Daten vor und so kann ich meinem Mieter auch keine rechtssichere Abrechnung und keine vorausschauende Anpassung bieten“, klagt er. Seit Jahren werde lediglich nach dem Wirtschaftsplan gehandelt, „aber was passiert, wenn der geändert werden muss?“

Gerade angesichts der derzeitigen Lage auf dem Energiemarkt befürchtet der Eigentümer chaotische Zustände für die Zukunft. „Es wird vor allem die Menschen treffen, die sich hohe Nachzahlungen nicht leisten können.“ Immerhin wurden bei der letzten Versammlung die Jahresabrechnungen 2019 und 2020 beschlossen. Von der neuen Verwaltungsfirma hat Felsoe bisher aber noch nichts gehört. Nun überlegt er, seine Wohnung zu verkaufen. Dabei betont er: „Es geht mir nicht um einen eventuellen Gewinn, aber was sich dort abspielt, ist einfach nicht zu ertragen.“ Indes teilt die Rosenpark GmbH zum Abschied mit: „Wir wünschen der neuen Hausverwaltung alles Gute und Durchhaltevermögen im sozialen Brennpunkt Dietzenbach.“ (Barbara Scholze)

05.12.2021 Offenbach Post

Brennpunkt-Viertel: Geheime Diskussion erntet scharfe Kritik – „völlig unerklärlich“

Das Spessartviertel ist ein sozialer Brennpunkt in Dietzenbach. Nun wird über Ideen zur Verbesserung der Situation diskutiert – die Art und Weise ruft aber Kritik hervor.

Dietzenbach – Nach den Krawallen im Spessartviertel gab es viele Vorschläge zur Zukunft des sozialen Brennpunkts. Einen Antrag dazu wollen die Stadtverordneten nun erst einmal hinter verschlossenen Türen diskutieren. Das Vorgehen erntet Kritik.

Als im Mai 2020 Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr im Spessartviertel in einen [Hinterhalt gelockt und angegriffen](#) wurden, war das Entsetzen groß. Die Kreisstadt Dietzenbach war überregional in den Negativ-Schlagzeilen und Kommunalpolitiker überschlugen sich mit Ideen, wie man mit dem sozialen Brennpunkt Spessartviertel verfahren müsse. So schlug etwa der CDU-Stadtverordnete und ehemalige Bürgermeister Stephan Gieseler in einem Interview unter anderem einen Teilrückbau der Hochhäuser vor.

Spessartviertel in Dietzenbach (Kreis Offenbach): Freie Wähler befürchten „Enteignung“

Dieser Vorschlag rief damals wiederum die Fraktionsgemeinschaft von Freien Wählern (FW-UDS) und Dietzenbacher Liste (DL) auf den Plan, die in einem [Antrag eine Klarstellung vom Magistrat forderten](#), dass „weder unter finanziellen noch unter ethischen Aspekten eine Reduzierung der Geschoszahl“ geplant sei „und deshalb eine mögliche Enteignung auch langfristig nicht zu befürchten ist“. Der Antrag wurde im Dezember 2020 im Haupt- und Finanzausschuss öffentlich diskutiert und abgestimmt (SPD und CDU lehnten ihn ab, Grüne und AfD enthielten sich), in der darauffolgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung (SVV) wurde der Punkt jedoch vertagt.

Nun, ein knappes Jahr später – die Mehrheiten in der SVV haben sich geändert und die gemeinsame Fraktion von FW-UDS und DL existiert nicht mehr – steht der Antrag „Festigung der Rechtssicherheit in der Wohnanlage Rosenpark“ erneut auf der Agenda, allerdings im nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

Spessartviertel in Dietzenbach (Kreis Offenbach): Diskussion über Hochhäuser schon lange

„Ein Ausschluss der Öffentlichkeit kann nur unter ganz bestimmten Kriterien getroffen werden, dazu gehören unter anderem Datenschutz, aus Gründen des Wohls oder zum Schutz berechtigter Interessen Einzelner“, begründen Stadtverordnetenvorsteherin Andrea Wacker-Hempel und Bürgermeister Dieter Lang auf Anfrage unserer Redaktion in einer gemeinsamen Stellungnahme die Geheimhaltung.

„Die Diskussion über Teilenteignung und Teilabriss der fünf Hochhäuser gibt es seit der Jahrtausendwende. Nach meiner Kenntnis wurden schon damals mehrere Rechtsgutachten durch die Stadt in Auftrag gegeben, die nie veröffentlicht werden durften, obwohl die öffentliche Hand sie mit recht hohen Summen bezahlte.“, erzählt Peter Kunth. Er ist Eigentümer mehrerer Wohnungen dort und bezeichnet die [aktuelle politische Debatte als „Geheimniskrämerei“](#): „Mir ist völlig unerklärlich, warum ein derart brisantes Thema, das manche Bewohner existenziell betrifft, in der [Stadtverordnetenversammlung in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt wird](#)“, äußert er sein Unverständnis. Eine solche „[Taktiererei zulasten der Schwachen](#)“ habe mit Transparenz, demokratischer Teilhabe und Verantwortung für die öffentlichen Belange nichts mehr zu tun.

Spessartviertel in Dietzenbach (Kreis Offenbach): Drogenhandel und Missachtung der Corona-Regeln

Er kritisiert die Zustände in den Hochhäusern – von [Drogenhandel, Überbelegung in den Wohnungen, Mietwucher und einer regelmäßigen Missachtung der Corona-Regeln](#) ist die Rede – und verweist auf den [Konflikt mit der Hausverwaltung](#), der seit Jahren auch schon Gerichte beschäftigt. „[Alles das in diesem rechtsfreien Raum mitten in Dietzenbach ist den Verantwortlichen in der Dietzenbacher Kommunalpolitik bekannt, wird aber unter den Teppich gekehrt. Das war bei der alten Mehrheit so und setzt sich jetzt offenbar bei der neuen Rathausmehrheit fort](#)“, verleiht

Kunth seinem Ärger Ausdruck. So seien auch die Ausschreitungen im Mai 2020 von der Kommunal- und Landespolitik erfolgreich ausgesessen worden. „Die Menschen werden von den Verantwortlichen seit Jahren alleingelassen. Das wird im Hinblick auf die aktuelle Frage im Zweifelsfall nicht anders sein.“

Auch der Verfasser des Antrags, der FW-Stadtverordnete Jens Hinrichsen, kritisiert auf seiner Homepage das Vorgehen von Magistrat und Stadtverordnetenvorsteherin: „Für die kommenden Sitzungen wird von uns der Antrag auf Öffentlichkeit gestellt, denn es war ja gerade das Ziel des Antrages, der Verunsicherung bei Eigentümern und Mietern entgegenzuwirken. Das erreicht man nicht durch nichtöffentliche Diskussionen und Entscheidungen.“ (Niels Britsch)

14.10.2020 Dreieich-Zeitung

Spessartviertel: „Ich gebe keine Ruhe“

UDS-Mann beklagt Tendenz zum Kleinreden DIETZENBACH (kö). Viereinhalb Monate sind mittlerweile vergangen seit der Krawallnacht im östlichen Spessartviertel. Eine Nacht im Zeichen des Ausnahmezustands, die die „berühmte“ Dietzenbacher Hochhaus-Siedlung (zirka 4.000 Menschen leben dort in rund 1.000 Wohnungen) erstmals nach Jahren vordergründiger Funkstille wieder bundesweit in die Negativ-Schlagzeilen gebracht hatte. Bewusst gelegte Brände, Steinwürfe gegen Feuerwehrleute und Polizisten, beschädigte Einsatzfahrzeuge, offen zur Schau gestellter Hass, gespeist aus sozialer Verwahrlosung... **Nein, es könne nicht länger angehen, dass die großen Strukturprobleme, die im Quartier an der Laufacher Straße nach wie vor an der Tagesordnung seien, auf der kommunalpolitischen Bühne und im öffentlichen Diskurs gezielt auf Sparflamme gehalten würden** – offenkundig aus Furcht, solche Erörterungen könnten dem Image der Kreisstadt schaden. In diesem Tenor empörte sich der Stadtverordnete Jens Hinrichsen.

Der Vertreter der Freien Wähler/UDS, der im Kommunalparlament gemeinsam mit Ismet Küpelikilinc (Dietzenbacher Liste) eine Zwei-Mann-Minifraktion bildet, präsentierte einen Antrag mit der Forderung **„Bildung eines interfraktionellen Arbeitskreises“**. Dieser, so Hinrichsens Vorschlag, solle fortan öffentlich darüber beraten, was unter sozialen und finanziellen Aspekten möglich und ratsam sei, um die Konfliktherd-Strukturen (besser) in den Griff zu bekommen.

Doch in ihrer jüngsten Sitzung entschieden die Stadtverordneten mehrheitlich: Solch ein Podium sei nicht erforderlich. Es reiche aus, über problematische Entwicklungen bei Bedarf im Sozialausschuss zu debattieren. Außerdem habe Bürgermeister Jürgen Rogg nach den Vorfällen im Mai in einer nicht-öffentlichen Runde über einen intensiven Meinungsaustausch zur Lage im Viertel berichtet (befragt habe man Polizisten, Vertreter der örtlichen Schulen und Sozialarbeiter). Dabei sei auch die künftige Marschrouten skizziert worden.

Hinrichsen zeigt sich enttäuscht und spricht von einer Mauertaktik, auf die sich offenkundig die tonangebenden Kräfte im Magistrat und im Parlament verständigt hätten. Keine der größeren Fraktionen – also weder CDU noch SPD, WIR/BfD und Grüne – hätten seinen Ruf nach Transparenz unterstützt. **Die Forderung, in einen Dialog mit Bewohnern der Siedlung einzutreten und dem Thema endlich wieder stärkere Beachtung zu schenken, sei mit fadenscheinigen Einwänden abgebügelt worden.**

Doch damit, so Hinrichsen, lasse er sich nicht abspeisen. „Ich gebe keine Ruhe. Ich werde mich auch in Zukunft mit Anfragen und Anträgen zu Wort melden“, zeigt sich der UDS-Mann kämpferisch. Seine Kritik gilt der allgemeinen Tendenz zur Sprachlosigkeit und Kapitulation vor einem großen Problemberg. Ein Berg, der sich freilich nicht einfach mit dem Etikett „lästig und peinlich“ bekleben und verdrängen lasse.

Hinrichsen belässt es nicht bei solch grundsätzlicher Schelte. Er adressiert seine Vorwürfe auch persönlich und hat dabei Stadtverordneten-Vorsteherin Christel Germer (CDU) im Visier. Die geizig auffällig mit Einladungen zu Sozialausschuss-Sitzungen. Gehe es darum, unliebsame Stichworte kleinzuhalten? In scharfem Kontrast dazu, so Hinrichsens Beobachtung, sei zuletzt Germers Parteifreund Stephan Gieseler in die Offensive gegangen.

Der Ex-Bürgermeister habe im Gespräch mit der *Dreieich-Zeitung* über die Option „Teilrückbau im östlichen Spessartviertel“ sinniert. Doch auffällig: Als im Parlament ein klares Bekenntnis zum Vorstoß von UDS/DL gefragt gewesen sei, habe die Union letztendlich gekuscht und sei auf den Beschwichtigungskurs des amtierenden Bürgermeisters Jürgen Rogg eingeschwenkt.

Der wiederum habe in all den vielen Wochen und Monaten, die nach der Randalen-Nacht nun schon ins Land gezogen seien, das Reizwort „Spessartviertel“ merklich gescheut und tunlichst umschifft. **Doch**

die Methode „Kopf in den Sand“ sei untauglich und verwerflich. Kneifen, klein- und schönreden: Damit so das Credo der aktuellen Lage-Beurteilung à la Hinrichsen, könne und dürfe sich niemand aus der Verantwortung stehlen.

21.09.2020 Offenbach Post

Das Thema bleibt

Stadtverordnete diskutieren über Streetworker und einen Arbeitskreis fürs Spessartviertel

Dietzenbach –Im Spessartviertel muss etwas passieren. Darüber waren sich die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses bei ihrer jüngsten Sitzung einig. Diskussionsstoff bot indes die Vorgehensweise.

Insbesondere Jens Hinrichsen als Vertreter DL/FW-UDS sprach sich vehement gegen den Einsatz eines weiteren Streetworkers im Viertel aus. Dazu soll nach dem Plan des Magistrats keine neue Stelle geschaffen, sondern von der Projektstelle Flüchtlinge zur Abteilung Jugendhilfe und Soziale Arbeit verlagert werden. Weiterhin bat die Verwaltung die Fraktionsvertreter, darüber abzustimmen, die Stelle künftig vor eventuellen Einsparungen zu bewahren. Hinrichsen warnte vor diesem Schritt. Schließlich könne es sein, dass sich später herausstelle, dass andere Maßnahmen im Viertel geeigneter seien. Doch dann sei die Stelle bereits fest verankert. Auch hatte der Stadtverordnete insgesamt wenig Verständnis für den Einsatz eines dritten Sozialarbeiters. Schließlich seien bereits zwei bei der Stadt beschäftigt. „Ich gebe zu bedenken, dass wir nach derzeitigem Stand das Haushaltsjahr 2020 mit zwei Millionen Euro Schulden abschließen werden“, brachte Hinrichsen ein weiteres Gegenargument an.

Die Argumente, die für eine weitere Stelle sprechen, konnten ihn nur wenig überzeugen. Denn wie der Fachbereichsleiter Soziale Dienste, Peter Amrein, bemerkte, sei einer der bereits tätigen Streetworker gesundheitlich angeschlagen. „Er kann seiner Arbeit nicht im notwendigen Umfang nachgehen“. Er sei deshalb im Bildungshaus und nicht mehr im Quartier direkt tätig. Der zweite Streetworker ist indes laut Bürgermeister Jürgen Rogg mit seiner Tätigkeit im Boxprojekt weitestgehend ausgelastet.

Doch wie Sozialdezernent und Erster Stadtrat Dieter Lang erläuterte, sollen die Jugendlichen zukünftig wieder aufgesucht und individuell beraten werden. „Das ist sehr arbeitsintensiv und macht weitere Unterstützung notwendig“, sagte Lang. Zudem wolle die Stadt dem Kontaktpolizisten Steffen Schiller, der die Nachfolge von Detlef Bittner angetreten hat, jemanden zur Seite stellen.

Ein Vorgehen, das Helga Giardino, Vorsitzende des Ausländerbeirates, begrüßte. „Herr Schiller ist nicht allein für Dietzenbach, sondern auch für Rodgau und Rödermark zuständig“, sagte sie. Er könne somit nicht überall gleichzeitig sein.

Der SPD-Fraktionsvorsitzender Jerome Alex sagte: „Selbstverständlich ist der Einsatz eines weiteren Streetworkers nur ein Anfang und löst nicht alle Probleme.“ Deshalb sei es natürlich notwendig, ein Konzept für das Spessartviertel zu entwickeln. Doch bis dorthin könne man nicht untätig sein.

Damit reagierte der Sozialdemokrat auf Hinrichsens Forderung nach einem umfassenden Plan, der alle Problematiken im Viertel mit einbezieht. Denn aus Sicht des DL/FW-UDS-Vertreters sind nicht allein die Jugendkriminalität, sondern auch die schwierigen Wohnverhältnisse ein Problem. „Wenn wir diese beiden Themen nicht zusammen bearbeiten, wird es weitergehen wie bisher“, prognostizierte er. Schließlich griffen sie ineinander.

Damit sich an der Situation etwas ändert, hält der Politiker zudem die Gründung eines interfraktionellen Arbeitskreises für unabdingbar, wie er in seiner eingereichten Vorlage schreibt. Eine Forderung, für die sich im Ausschuss allerdings keiner erwärmen konnte. Denn selbst die CDU, die zwar Konkretisierungsbedarf hinsichtlich Hinrichsens Anliegen sah, dieses jedoch ursprünglich unterstützt hatte, zog ihren Änderungsantrag in der Sitzung wieder zurück. „Es macht mehr Sinn, bestehende Gremien zu stärken, anstatt weitere zu gründen“, begründete der Parteivorsitzende der Christdemokraten, Christoph Mikushek, die Entscheidung. Dieser Aussage schlossen sich weitere Ausschussmitglieder an. So waren sich die Fraktionsvorsitzenden Manuel Salomon von der CDU und Andrea Wacker-Hempel von den Grünen einig, dass der Sozialausschuss wieder gestärkt werden müsse. Sozialdemokrat Rainer Engelhardt plädierte zudem dafür, das Thema Spessartviertel wieder zu einem regelmäßigen Tagesordnungspunkt im Ausschuss zu machen. (Von Anna Scholze)

15.09.2020 Offenbach Post

Fortsetzung liegt auf Eis

Keine Themen im Dietzenbacher Sozialausschuss

Trotz möglicher Themen rund ums Spessartviertel in Dietzenbach tagt der Ausschuss für Soziales, Kultur und Integration erneut nicht. Stadtverordnetenvorsteherin und Ausschussvorsitzender erläutern die Gründe.

Dietzenbach – Nach fast dreieinhalb Monaten der große Schlag: Bei einem Großeinsatz mit „umfangreichen Durchsuchungen“ im Spessartviertel hat die Polizei vor ein paar Tagen mehrere Beschuldigte im Alter zwischen 14 und 29 Jahren festgenommen. Ein 17-Jähriger sowie ein 19 Jahre alter Verdächtiger sitzen derzeit in Untersuchungshaft (wir berichteten). Vorgeworfen wird ihnen, an den Angriffen auf Polizisten und Feuerwehrleute im Quartier Ende Mai beteiligt gewesen zu sein. Dabei wurden nicht nur ein Bagger und Mülltonnen in Brand gesetzt, es flogen auch Steine und Flaschen. Verletzt wurde niemand.

Stadtverordnetenvorsteherin Christel Germer: „Es gibt keine Anträge, die eine Sitzung rechtfertigen“

Informationen vonseiten der Verwaltung und der Politik gab es im Nachgang zu den schrecklichen Vorfällen, die Dietzenbach einmal mehr deutschlandweit in die Schlagzeilen gebracht haben, bisher kaum. Eine Sitzung des Ausländerbeirates, Anträge von CDU und DL/FW-UDS mit der Bitte um Auskünfte sowie die Mitteilung zu einem Besuch des Hessischen Innenministers Peter Beuth seitens der CDU sind alles, was bislang an die Öffentlichkeit gelangt ist. Eine ausgiebigere Plattform zur Diskussion bot lediglich der letzte Sozialausschuss vor der Sommerpause. Dort war auch Polizeihauptkommissar Andreas Bamberg, der Dienststellenleiter der Dietzenbacher Wache anwesend. Umso erstaunlicher ist der Blick auf die kommende Sitzungsrunde der Stadtverordnetenversammlung. Fällt doch der aktuelle Sozialausschuss, der normalerweise am heutigen Dienstag getagt hätte, mangels Themen aus. „Es gibt keine Anträge, die eine Sitzung rechtfertigen“, teilt Stadtverordnetenvorsteherin Christel Germer (CDU) auf Anfrage mit.

Für Dietmar Kolmer (CDU), den Vorsitzenden des Ausschusses für Soziales, Kultur und Integration, ist die Absage der Sitzung ein eher generelles Problem, vor dem er schon öfter stand. In der laufenden Legislaturperiode hat der Sozialausschuss nur 17 Mal getagt, während beim Haupt- und Finanzausschuss bereits 46 Sitzungen notiert sind. „Ich habe als Vorsitzender kein Initiativrecht und darf den Ausschuss nicht einberufen“, das liegt alleine bei der Stadtverordnetenvorsteherin“, sagt er. Gerade im aktuellen Fall habe er für den Ausfall wenig Verständnis, zumal er zuvor nicht informiert wurde. „Wir haben in der letzten Sozialausschuss-Sitzung eine Fortsetzung der Gespräche zum Thema Spessartviertel angekündigt, erneut gemeinsam mit Polizeihauptkommissar Andreas Bamberg.“ Das sollte explizit im Protokoll festgehalten werden. Darüber hinaus stünden

auf der Agenda der kommenden Stadtverordnetenversammlung am Freitag, 25. September, durchaus Themen zum Spessartviertel, die aus sozialer Sicht und auch öffentlich besprochen werden sollten. Unter anderem etwa die weitere Vorgehensweise im „Innenohr“, der Brachfläche am Rand des Spessartviertels, und der Einsatz eines Streetworkers. Hätte man den sozialen Aspekt der Anträge berücksichtigt, wäre eine Sitzung durchaus angebracht gewesen.

Zum Thema Spessartviertel: „Sonst gibt es momentan nichts zu sagen.“

Für Christel Germer, die „Erste Bürgerin“ der Stadt, sind indes auch das keine Gründe für eine Zusammenkunft. „Wenn Anträge eingegangen wären, die den Sozialausschuss betreffen, hätte man weitere Themen auf die Tagesordnung setzen können“, sagt sie. In den vergangenen Wochen sei es wichtig gewesen, die Fraktionen zu informieren. Das sei auch Ende August geschehen, in einer nichtöffentlichen Sitzung, zu der Bürgermeister Jürgen Rogg eingeladen hatte. Teilgenommen hatten Fraktionsvorsitzende, Magistratsmitglieder und Vertreter der Polizei. „Dabei gab es keine neuen Erkenntnisse, die öffentlich berichtenswert wären“, bilanziert Germer. Und auch jetzt gehe es nur darum, ob es, den Anträgen von DL/FW-UDS und CDU gemäß, eine regelmäßige Kommission zum Thema Spessartviertel geben werde oder nicht. „Sonst gibt es momentan nichts zu sagen.“

Ebenfalls auf Anfrage erteilt nun auch die Stadt Auskunft zu den Maßnahmen im Anschluss an die Übergriffe im Spessartviertel. So habe es mehrere Gespräche mit Schulleitern, Schulsozialarbeitern, Polizei, Feuerwehr, Mitarbeitern der Verwaltung und der Politik gegeben, um die Situation zu analysieren und Maßnahmen zu erarbeiten. Wie Erster Stadtrat und Sozialdezernent Dieter Lang (SPD) mitteilt, habe die Polizei dabei angekündigt, dass wieder ein Kontaktbeamter eingesetzt wird. Weiter teilt Lang mit: „Aus städtischer Sicht ist es daher **sinnvoll, eine Stelle in der Sozial- und Streetworkarbeit im Spessartviertel zu schaffen**, um die Kooperation mit dem Kontaktbeamten zu gewährleisten.“ **Auch das sei kein Thema für den Sozialausschuss, aufgrund der „finanziellen Komponente“** stehe ein entsprechender Antrag auf der Tagesordnung des Haupt- und Finanzausschusses. Eine Weiterarbeit im Sinne eines Runden Tisches, an dem auch die Öffentlichkeit sich informieren könnte, sei derzeit nicht vorgesehen, informiert Lang. (*Barbara Scholze*)

08. August 2020, Offenbach-Post

„Netz aus Korruption und Vetternwirtschaft zerstören“++

Fraktion und Vorstand der CDU sehen Nachholbedarf beim Ordnungs- und Baurecht im Spessartviertel

Dietzenbach – Während seines Aufenthaltes in der Kreisstadt, als Hessens Innenminister Polizei- und Feuerwache besuchte (wir berichteten), hat sich Peter Beuth auch mit Vorstands- und Fraktionsvertretern des CDU-Stadtverbandes getroffen. „Wir konnten unsere Anliegen und die Probleme im Spessartviertel ausgiebig mit dem Minister besprechen und er hat zugesagt, uns bei eventuellen Lösungsmöglichkeiten zu unterstützen“, teilt der Stadtverbandsvorsitzende Christoph Mikuschek mit. Bei dem Gespräch habe sich Beuth offen den auch kritischen Fragen und Anmerkungen der Runde gestellt. So müssten nach Einschätzung der CDU vor allem die drei Themenkreise „Soziales“, „Ordnung“ und „Bauen“ im Hinblick auf das Östliche Spessartviertel gemeinsam in den Fokus genommen werden, um künftig Recht und Ordnung, aber auch sozialen Frieden in dem Quartier durchzusetzen. Dabei sollte kein Bereich zu kurz kommen oder überproportional stark behandelt werden: „Alle Bereiche müssen gleichwertig zielorientiert und intensiv einbezogen werden“, betont Mikuschek.

Einigkeit herrscht bei der CDU auch darüber, dass der Sozialbereich in Dietzenbach „sehr gut aufgestellt“ sei. „In unserer Stadt ist durch umfangreiche Hilfsmaßnahmen der soziale Aufstieg immer möglich“, meint Fraktionschef Manuel Salomon.

Massiven Nachholbedarf sehen die Christdemokraten beim „Ordnungs- und Baurecht“. So forderten sie in dem Gespräch mit Beuth auch eine Wiederaufstockung der Polizeikräfte in Dietzenbach auf das Niveau der Vorjahre. Darüber hinaus solle eine bestehende Arbeitsgruppe zum Thema „Bauplanungsrecht und Kriminalistik“ im Innenministerium künftig ihre Arbeit verstärken und sich zudem intensiver mit dem Zustand der Bestandsimmobilien auseinandersetzen.

Positiv habe Beuth den Vorschlag aufgenommen, die Videoüberwachung an zentralen Stellen der Stadt auszubauen, dabei habe er auf Fördermittel des Landes Hessen verwiesen. Auch der Idee, über die grundgesetzliche Sozialbindung des Eigentums, also dem Grundsatz, dass Eigentum immer auch verpflichtet, eine bauliche Veränderung im Spessartviertel durchzusetzen, habe der Minister für einen begrüßungswerten Ansatz gehalten, teilt die CDU mit.

Ziel allen Handels müsse es ebenso sein, die durch Gesetzeslücken und Überlastungen bei Gericht verursachte desaströse Situation der Hausverwaltung im Östlichen Spessartviertel aufzubrechen und das Netz aus Korruption und Vetternwirtschaft zu zerstören, appelliert Mikushek. „Wir setzen nun auf entsprechende Initiativen des Ministeriums und werden gleichzeitig in der Zwischenzeit versuchen, unsere Ansätze auch auf kommunaler Ebene durchzusetzen“ – alles, um erneute Vorfälle zu verhindern und ein höheres Maß an Sicherheit für die Bürger zu ermöglichen, schreibt die CDU.

06. August 2020, Offenbach-Post

Östliche Spessartviertel

Meinungen der Politik liegen auseinander

Starkenburgring, Rosenpark, Spessartviertel: Jede dieser Bezeichnungen steht für die fünf Hochhäuser, die seit ihrer Fertigstellung 1974 das Stadtbild Dietzenbachs prägen. In loser Reihenfolge berichten wir über die Entwicklung, die Menschen, die Projekte und die Politik rund um das Spessartviertel.

Dietzenbach – Kaum gebaut, droht der Abriss oder zumindest der Rückbau. So lässt sich die fast 50-jährige Geschichte der fünf Hochhäuser im Östlichen Spessartviertel knapp zusammenfassen. Schon bald nach der Einweihung Anfang der 1970er Jahre kam die Idee auf, die Immobilien wieder aus dem Stadtbild zu entfernen. Indes konnten weder die rechtlichen Voraussetzungen noch die sozialen Folgen für die Bewohner geklärt werden. Eine Sanierung brachte nur kurzfristigen Erfolg. Unrühmlich bekannt ist das Quartier nach wie vor durch Kriminalität, Drogenhandel und Gewaltausbrüche, zuletzt Ende Mai gegen Polizei- und Feuerwehrkräfte.

Lothar Niemann: „Kein Wunder, das konnte man vorhersehen.“

Als einer der größten Verfechter von Abriss oder Rückbau gilt seit Langem der ehemalige Stadtrat und Grünen-Vorsitzende Lothar Niemann. Gemeinsam mit seiner Bürgerinitiative „Besser leben und wohnen in Dietzenbach“ warb er Ende der 1990er Jahre intensiv für entsprechende Maßnahmen, zuletzt auch 2009 im Bürgermeisterwahlkampf, als er als unabhängiger Kandidat antrat. „Die Gebäude müssen weg, sonst knallt es hier bald heftig“, hatte sich Niemann mehrfach geäußert. Zu den aktuellen Vorkommnissen im Spessartviertel sagt er nun: „Kein Wunder, das konnte man vorhersehen.“ Es sei schließlich nicht der erste Angriff auf Rettungskräfte gewesen, das habe es auch früher schon gegeben.

1998 legt die Niemannsche Initiative ein erstes, selbstfinanziertes Gutachten zum Rückbau der Häuser vor. Rund zehn Jahre später folgt ein zweites, das die Stadtverordnetenversammlung in Auftrag gegeben hat. Beide Expertisen lehnen die Vorschläge einer baulichen Verkleinerung nicht vollständig ab. Empfohlen wird unter anderem, die in der Praxis so komplizierte

Erbbauberechtigtenversammlung mit ihrer vorgegebenen Einstimmigkeit aufzulösen und auf die fünf Gebäude zu verteilen. Doch die Idee, zumindest einen Teilabriss anzugehen, setzt sich politisch nicht durch.

„Es ist lediglich im sozialen Bereich weitergearbeitet worden, aber nicht baulich-organisatorisch“, moniert Niemann. Reine Sozialpolitik helfe in dem Viertel jedoch nicht. „Natürlich hat manche Maßnahme eine Beruhigung gebracht, aber alle Programme enden irgendwann und was ist dann?“ Er bedauere, dass man dem damaligen Ansatz nicht gefolgt sei. So sei geplant gewesen, die Wohnungen „neu zu ordnen“, also Stockwerke oder gar ein Haus durch Wohnungsankauf bei Fluktuation zu leeren. „Wir müssen den Finger auf der Bewohnerstruktur haben, langfristig gibt es keinen anderen Weg“, so der ehemalige Stadtrat. Auch wenn sich die Situation geändert habe. „Die Wohnungen sind nicht gerade billiger geworden.“ Das erfordere einen langen Atem, um das Geld für den Wohnungsankauf zusammenzutragen. „Aber man müsste auch mal mit dem Land reden“, fordert Niemann.

Stephan Gieseler: Wir werden dabei wohl auch über Enteignung reden müssen.“

Auch Stephan Gieseler (CDU), als Bürgermeister in den Jahren von 2001 bis 2009 für manche Maßnahme zuständig, betont: „Wir haben mit Teilerfolgen das Soziale bedient, nun müssen wir versuchen, im Städtebau etwas zu bewegen.“ Während ein Abriss derzeit eher unrealistisch sei – „die Frage ist nach wie vor, wo wir die Menschen hinbringen“ – sieht er im Rückbau eine Chance zu größerer Übersichtlichkeit auch hinsichtlich der Verwaltungsstrukturen. „Wir werden dabei wohl auch über Enteignung reden müssen“, kündigt er an. Auch wenn es dazu gegenwärtig keine rechtlichen Grundlagen gebe. Gieseler betont: „Das ist ein dickes Brett und wir brauchen starke Persönlichkeiten auf Landesebene, die als politische Multiplikatoren auf Bundesebene Einfluss haben.“ Auf keinen Fall dürfe es zu einer weiteren baulichen Verdichtung kommen, etwa auf der Freifläche im sogenannten Innenohr. „Da fehlt bisher ein klares Statement der Stadt.“ Alles Handeln müsse immer im Sinne der rechtschaffenen Menschen sein, die im Spessartviertel in Frieden leben. „Viele dort möchten die Auseinandersetzungen, die wir gerade erlebt haben, auch nicht.“

Zum Punkt Innenohr-Bebauung greift Christoph Mikushek, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes, ebenfalls eine bereits länger kursierende Idee auf: „Wenn wir dort etwas bauen, dann höchstens eine Polizeistation, die eine dauerhafte Präsenz garantiert.“ Sollte es tatsächlich gelingen, die fünf Häuser baulich zu „entzerren“, wäre das eine große Entlastung. Mikushek betont: „Die Hürde scheint im ersten Moment hoch, aber eine Änderung ist nicht unmöglich.“ Erstaunt zeigt sich der CDU-Vorsitzende indes über das anhaltende Schweigen der Stadtverwaltung: „Wir hätten doch erwartet, dass Bürgermeister oder Erster Stadtrat die Angelegenheit zur Chefsache machen, aber man hört so gar nichts.“ Folglich dränge sich auch der Gedanke auf, dass vielleicht schon länger „nicht mehr richtig hingeschaut“ wurde.

Ulrike Alex: „Die Probleme dort sind nicht weg, wenn wir die Gebäude verkleinern.“

Der ehemalige Erste Stadtrat Werner Hoch (SPD) hat sich während seiner Amtszeit ebenso intensiv mit den Entwicklungen im Spessartviertel auseinandergesetzt. „Die Bewohnerstruktur hat sich sehr verändert, heute leben in den Häusern viele Menschen aus osteuropäischen Ländern.“ Die Geschehnisse der Krawallnacht im Mai hält er indes für ein „Solo-Ereignis“, das sich mit Abflauen der strengen Corona-Maßnahmen wohl nicht wiederholen werde. Die Ansicht teilt Ulrike Alex, SPD-Stadtverordnete und Abgeordnete im Hessischen Landtag, nur bedingt. „Das hat vielleicht eine Rolle gespielt, aber wir müssen die Vorfälle sehr ernst nehmen“, sagt sie. Auf eine zeitnahe Änderung der baurechtlichen Gegebenheiten setzt sie nicht. „Die Probleme dort sind nicht weg, wenn wir die Gebäude verkleinern.“ Darüber hinaus linderten die Hochhäuser auch einen Teil der Wohnungsnot im Ballungsgebiet. Alex betont: „Wir haben uns vor Jahren für eine Sanierung entschieden und sollten den Weg jetzt weitergehen.“ Immer aber mit konsequenter Ordnungspolitik, einer strengen Strafverfolgung und einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der sozialen Maßnahmen.

Dass die Situation im Spessartviertel die Grünen auch heute noch gut beschäftigt, teilt die Fraktionsvorsitzende Andrea Wacker-Hempel mit. „Es gibt sicher Mitglieder, die sich damals für einen Abriss oder einen Rückbau ausgesprochen haben“, sagt sie. Aktuell lasse sich jedoch kein „Patentrezept“ finden. „Wir diskutieren sehr intensiv, aber für einen Vorschlag brauchen wir weitere Informationen.“ Entsprechend hoffe sie auf öffentliche Debatten, „immer natürlich mit den Menschen, die dort wohnen und mit aller Sensibilität, wollen wir doch auch rechten Kräften keine Plattform bieten“. (Barbara Scholze)

06.08.2020 Offenbach Post

Hinterhalt im Spessartviertel

Nach Angriff auf Einsatzkräfte in Dietzenbach: Polizei setzt Belohnung aus

Nach dem Angriff auf Einsatzkräfte in Dietzenbach sucht die Polizei weiter nach Tätern – und bittet deshalb erneut die Bevölkerung um Mithilfe.

- Ermittlungen gehen nach **Angriff auf Einsatzkräfte** im **Spessartviertel** in **Dietzenbach** weiter
- **Polizei und Staatsanwaltschaft** setzen **Belohnung** aus
- **Bevölkerung um Mithilfe gebeten**: Wer kann sachdienliche Hinweise geben?

Dietzenbach - Es waren erschreckende Szenen, die sich in Dietzenbach abgespielt haben: In der Nacht von Donnerstag (28.05.2020) auf Freitag (29.05.2020) eskalierte im **Spessartviertel** in **Dietzenbach** nahe **Offenbach** ein **Einsatz von Feuerwehr und Polizei** derart, dass es zu einer Straßenschlacht kam. Etwa 50 Menschen gingen auf die Einsatzkräfte los, bewarfen sie mit Steinen. Mit den zuvor gelegten Bränden wollten die **Angreifer die Einsatzkräfte** offenbar in einen **Hinterhalt** locken.

Gegen **Mitternacht hatten damals Anwohner die Polizei verständigt**, weil Unbekannte auf einem Parkdeck im **Spessartviertel** in **Dietzenbach** nahe **Offenbach** einen **Bagger** und **mehrere Mülltonnen angezündet** hatten. Als die Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr eintrafen, wurden sie direkt attackiert.

BITTE HÖRT AUF DIE EINSATZKRÄFTE MIT STEINEN ZU BEWERFEN!!!

„Wir gehen davon aus, dass die Feuer nur gelegt wurden, um die Einsatzkräfte anzulocken“, sagte ein Sprecher später. Denn auf dem Gelände im **Spessartviertel** in **Dietzenbach** nahe **Offenbach** konnten **zurechtgelegte Steinhäufen** ausgemacht werden. Ganze **zwei Stunde dauerte die Auseinandersetzung**, verletzt wurde bei dem Angriff auf die Einsatzkräfte glücklicherweise niemand. Noch in der Nacht konnte die Polizei **drei der Angreifer festnehmen**.

Die **Kriminalpolizei** richtete nach der Tat im Spessartviertel in Dietzenbach nahe Offenbach unmittelbar eine **Arbeitsgruppe** ein, die **weitere Tatverdächtige ermitteln** konnte. Doch **bisher konnten noch nicht alle 50 Beteiligten ausgemacht werden***. Die Polizei bittet deshalb die **Bevölkerung erneut um Mithilfe** – und setzt, wie aus einer gemeinsamen Pressemitteilung der Polizei Südosthessen und der Staatsanwaltschaft Darmstadt hervorgeht, eine **Belohnung in Höhe von 2000 Euro** aus.

„Zur Erlangung von sachdienlichen Hinweisen, die zur Ermittlung von Tätern führen, wird eine Belohnung in Höhe von 2000 Euro ausgesetzt“, heißt es in der Mitteilung. Denn laut des Schreibens ermitteln Polizei und Staatsanwaltschaft nach dem **Angriff auf die Einsatzkräfte** im Spessartviertel in Dietzenbach nahe Offenbach wegen eines **versuchten Tötungsdelikts**.

Hessens Innenminister fordert härtere Strafen für Angriffe auf Einsatzkräfte

Nach dem [Angriff auf die Einsatzkräfte im Spessartviertel in Dietzenbach*](#) schaltete sich auch die Politik ein. **Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) fand deutliche Worte:** „Wer Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast“, sagte er. Eine Geldstrafe reiche bei dieser schwere der Tat nicht aus.

Er forderte deshalb härtere Strafen: „Diejenigen, die uns allen bei Notlagen zur Hilfe kommen und tagtäglich für die Einhaltung unserer Gesetze sorgen, verdienen es, dass heimtückische Attacken gegen sie hart bestraft werden“, sagte Beuth. Der arglistige Hinterhalt auf Polizisten und Feuerwehrleute im Spessartviertel in Dietzenbach nahe Offenbach stehe für ein **neues Ausmaß an Heimtücke und Gewalt**. „Diese Tat muss ein Weckruf sein.“

Bürger, die Hinweise geben können, werden gebeten, sich unter der **Telefonnummer 069-80981234** mit dem **Polizeipräsidium Südosthessen** in Verbindung zu setzen. (Von Melanie Gottschalk) **op-online.de ist Teil des bundesweiten Ippen-Digital-Redaktionsnetzwerks.*

22.07.2020 Offenbach Post

Fünf Hochhäuser in den Schlagzeilen

Spessartviertel in Dietzenbach: Wie ein Prestigeobjekt zum sozialen Brennpunkt wird

Seit fast 50 Jahren wiederholt sich im Spessartviertel in Dietzenbach rund um die fünf Hochhäuser an der Laufacher Straße ein Plot in einer Mischung aus Drama, Abenteuer, Action und Horror.

Fünf Hochhäuser prägen das Stadtbild in Dietzenbach. Das Quartier steht seit seiner Entstehung immer wieder in den Schlagzeilen. Ein Blick auf seine Geschichte.

Dietzenbach – **Starkenburgring, Rosenpark, Spessartviertel**: Jede dieser Bezeichnungen steht für die fünf Hochhäuser, die seit ihrer Fertigstellung 1974 das Stadtbild **Dietzenbachs** prägen. In loser Reihenfolge berichten wir über die Entwicklung, die Menschen, die Projekte und die Politik rund um das Spessartviertel.

Spessartviertel in Dietzenbach: Ende Mai fliegen Steine auf Polizei und Feuerwehr

Die Geschichte des Viertels erinnert an das Kultstück „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Wie in einer Zeitschleife wiederholt sich im **Spessartviertel** rund um die fünf Hochhäuser an der Laufacher Straße seit fast 50 Jahren ein Plot in einer Mischung aus Drama, Abenteuer, Action und Horror. Anders als in der Komödie haben die Wiederholungen bisher keine Läuterung gebracht. Im Gegenteil: Ende [Mai eskaliert einmal mehr die Stimmung in dem als „sozialer Brennpunkt“](#) bekannten Quartier: Polizei und Feuerwehr finden sich in einem Hinterhalt wieder, Steine fliegen durch die Luft und Scheiben zerbersten.

Spessartviertel in Dietzenbach: Neue Hochhaussiedlung sollte urbanen Flair vermitteln

Dabei hätte das Drehbuch die Chance gehabt, ein Märchen zu schildern. Ausgelöst durch ehrgeizige Ortsgranden soll die frisch gebackene Stadt **Dietzenbach** um die 1970er Jahre herum wachsen und einen exquisiten städtebaulichen Mittelpunkt im Rhein-Main-Gebiet bilden. Errichtet zwischen 1970 und 1974 unter dem Namen Rosenpark ist die neue Hochhaus-Bebauung in dem ehemals bäuerlich geprägten Dorf dazu gedacht, begüterte Menschen anzulocken, die dem Ort ein urbanes Flair verleihen.

Ein schick aufgemachter Prospekt – deutschlandweit verteilt – verspricht: „Die gesamte Wohnanlage ist mit allem Komfort ausgestattet. Personenaufzüge, Haussprechanlagen und Müllschlucker fehlen ebenso wenig wie Teppichböden, repräsentative Empfangshallen und seitlich mit Naturholz verkleidete Loggien.“

Spessartviertel in Dietzenbach: „Der Rosenpark – beinahe ein Lehrstück für die Entstehung eines Slums“

Aber: Nicht etwa das Murmeltier, sondern der Wurm spielt von Anfang an mit. Käufer gibt es zwar genug. Von den hohen Steuervorteilen profitieren sie aber nur dann, wenn sie die Wohnung nicht selbst nutzen. Als Anmieter treten Gesellschaften auf, die Endmieter suchen. Mit geringem Erfolg. Rollt doch auch die lange angekündigte S-Bahn nicht an.

Um die Finanzierungen zu halten, werden die als luxuriös bezeichneten Wohnungen am Ende wie sauer Bier und mit einer Mietbefreiung für die ersten drei Monate angeboten. Zur unglücklichen Entwicklung kommt Pech. Die Hamburger „Bauregie Rüster KG“, die für die Häuser die Baubetreuung übernommen hat, geht kurz vor Fertigstellung des Fünf-Türme-Projekts in Konkurs. Äußerst „hastig“ habe man die Bauten trotz vieler Mängel vollendet.

Spessartviertel in Dietzenbach: Wilde Partys und hohe Kriminalität in der Anlage

Im November 1973 ziehen die ersten Mieter ein. In den nächsten zwei Jahren entwickelt sich das Märchen zum Schocker. Im April 1975 titelt etwa die Frankfurter Rundschau: „Der Rosenpark – beinahe ein Lehrstück für die Entstehung eines Slums“. Die Rede ist von Ungezieferplagen, defekten Aufzügen, Kellereinbrüchen, wilden Partys auf den Gemeinschaftsfluren und einer hohen Kriminalität in der gesamten Anlage.

Ein flugs gegründeter Mieterverein, der gegen die Beeinträchtigungen der Wohnqualität vorgehen möchte, kann das Desaster nicht aufhalten. Die Hochhäuser, kaum im dritten Lebensjahr angekommen, werden bundesweit als „Betonklötze eines Denkmals asozialer Architektur“ gehandelt; die hoffnungsvoll auf Profit schielenden Eigentümer aus Mertingen, Bremen, Kirchheim, Stuttgart oder Ludwigshafen, darunter viele Ärzte, sind mit der Situation überfordert und wollen den Besitz so schnell wie möglich wieder loswerden.

Spessartviertel in Dietzenbach: Auch Gerichte können keine Strukturen schaffen

Parallel zum ersten Akt entwickelt sich von Beginn an ein komödiantisch anmutendes Spiel der Hausverwaltungen, die bis heute wie der Kasperl aus der Kiste auf- und abtauchen. Die „Allgemeine Beteiligungs- und Bautreuhand AG“ (ALBAG) hat gebaut, die ALBAG-Tochter „VAB“ vermietet, die „Stadtgrund-Immobilien“ verwaltet, alle drei Unternehmen sitzen in Bonn. Es folgen Namen wie „Habitat“, „Wobera“, „Süd-Nord-Immobilienverwaltungs- und Vermietungs GmbH“, „Goßmann und Lott“, „Kappelmann Immobilien“ und „Abendschein und Hetschold“. Einer klagt den anderen raus oder rein, auch aktuell, nach fünf Jahrzehnten, [sind die Gerichte nicht in der Lage, geordnete Strukturen zu schaffen.](#)

Spessartviertel in Dietzenbach: „sozialen Brennpunkt mit Auswirkungen, die weit über Dietzenbach hinausgehen“

Im November 1997 beauftragt die Stadt die Nassauische Heimstätte Gesellschaft für innovative Projekte (NHGiP) mit einem Konzept zum Nachbarschafts- und Quartiersmanagement. In einem Gutachten heißt es: „Wohnanlage und Wohnumfeld sind von gravierender Verwahrlosung gekennzeichnet.“ Kurz darauf erfolgt die Aufnahme in das Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“, das Sanierungsprojekt, anfangs berechnet mit drei Millionen Euro, startet unter Beteiligung von Bund, Land und Stadt. Eine „Strategiekommision“ unter der Leitung des ehemaligen Landrats

Peter Walter (CDU) stellt fest: „Wir haben einen sozialen Brennpunkt mit Auswirkungen, die weit über Dietzenbach hinausgehen.“

Spessartviertel in Dietzenbach: Scheitern der aufwendigen Sanierung?

Erschreckend früh geistert die Idee eines Abrisses oder zumindest eines Rückbaus der Häuser im Rosenpark durch die Stadt. Ende der 1990er Jahre gründet sich ein Verein unter dem Namen „Besser leben und wohnen in Dietzenbach“ mit dem ehemaligen Grünen-Stadtrat Lothar Niemann an der Spitze, der diese Idee vehement vorantreibt. Indes fällt die Entscheidung zugunsten einer Sanierung. Es folgen Jahre voller Aktivitäten im Inneren und auf dem Außengelände der Häuser.

Mancher spricht von Kosmetik, andere loben den Fortschritt der Arbeiten. Ein Concierge-System in den Eingangsbereichen entsteht, Videosicherheitssysteme werden gebaut, die Etagenflure gestrichen, Klingelanlagen und Beleuchtung erneuert, Müllsammelplätze angelegt und Gemeinschaftsräume geschaffen. Dazu kommen soziale Projekte wie die Stadtteilwerkstatt und das Nachbarschafts-TV.

Spessartviertel in Dietzenbach: Unruhen in 2005 - Bildungshaus bringt Erfolge

Doch es dauert nicht lange, bis die Diskussionen über ein „Scheitern der Sanierung“ beginnen. 2005 fordern Unruhen ihren Tribut, es brennen Autos und Container. Vertreter der Stadt, des Landes und der Polizei rücken zusammen und versuchen erneut, der Entwicklung Einhalt zu gebieten. Vor acht Jahren startet das Bildungshaus mit seinem Angebot, Initiativen wie das [Boxprojekt](#), aufsuchende Sozialarbeit und ein intensives Engagement der Polizei, etwa mit Kontaktbeamten, bringen Erfolge. Auch wenn bis heute immer wieder Drogendelikte, Körperverletzungen und Vergewaltigungen gemeldet werden. (Von Barbara Scholze)

8. Juli 2020 Dreieich-Zeitung

Rückbau im Spessartviertel?

Ex-Bürgermeister Gieseler sieht rot und orakelt: Schwarz-Grün in Dietzenbach?

DIETZENBACH. Mit der Parole „(Teil-)Abriss des östlichen Spessartviertels“ hatte der frühere Erste Stadtrat Lothar Niemann (Grüne) einst für heftigen Wirbel auf der kommunalpolitischen Bühne gesorgt. Irgendwann legte sich der Staub.

Die Hochhaus-Siedlung an der Laufacher Straße galt nach offizieller Lesart als „sozial befriedet“.

Doch jetzt, nach der schlagzeilenträchtigen Randale-Nacht im Mai dieses Jahres, ist das vielschichtige Problem-Gemenge wieder in den öffentlichen Fokus geraten. Die Dietzenbacher

CDU knüpft an Niemanns Überlegungen an und plädiert für „den teilweisen Rückbau des östlichen Spessartviertels“.

So steht es in einer Presseerklärung, mit der die Christdemokraten zugleich auf die hohen Hürden in Sachen „Aufbruch der Strukturen“ aufmerksam machen.

Eine Änderung des bundesweit geltenden Wohnungseigentumsgesetzes (WEG) wäre erforderlich, um in großen Gemeinschaften, was Immobilienbesitz und -verwaltung angeht, künftig leichter die Türen hin zu weitreichenden Entscheidungen öffnen zu können. Der (Teil-)Abriss von Gebäuden ist just dieser Kategorie zuzuordnen.

Der CDU-Stadtverband werde sein „politisches Netzwerk auf Landes- und Bundesebene nutzen, um dieses Ziel zu erreichen“,

betonen der Dietzenbacher Unionsvorsitzende Christoph Mikuschek und dessen Mitstreiter – und sie haben dabei das Thema „Änderung des WEG“ vor Augen. Der frühere Bürgermeister Stephan Gieseler (Amtszeit von 2001 bis 2009), der seit geraumer Zeit „nur noch“ als Stadtverordneter für seine Partei aktiv ist, aber gleichwohl als einflussreicher Stratege der örtlichen CDU viele Dinge im Hintergrund mitbestimmt und lenkt, bezeichnet den stärkeren Eingriff in Eigentümer-Rechte als „Ultima Ratio“, um in Problem- und Brennpunkt-Vierteln steuernd eingreifen zu können. Weniger

Bevölkerungsdichte, Entflechtung der Strukturen, Schrumpfen auf verträgliche(re) Maßeinheiten: All dies sei als letzter Ausweg ratsam oder gar zwingend notwendig, wenn Sozialarbeit trotz großer Anstrengungen an Grenzen stoße und keine nachhaltige Veränderung zum Positiven bewirke. Just dies, so Gieseler im Gespräch mit der *Dreieich-Zeitung*, sei im östlichen Spessartviertel (fünf Hochhäuser, rund 1.000 Wohnungen, zirka 3.500 Bewohner) offenkundig der Fall. Dort gebe es einen „städtebaulichen Missstand erster Güte“. Seit Jahrzehnten seien soziale Verwerfungen an der Tagesordnung. Viele Bürgermeister, er (Gieseler) eingeschlossen, und noch viel mehr Stadtverordnete hätten sich für eine Linderung der Problematik engagiert – durchaus mit partiellen Erfolgserlebnissen.

„Hochgradig frustrierend“

Doch unterm Strich, so das Fazit des einstigen Rathauschefs, der seit 2009 in führender Direktoren-Position für den Hessischen Städtetag tätig ist, sei die Situation nach wie vor „hochgradig frustrierend“. Dass Teile der Bewohner in einer Spirale aus Armut und Frustration dahindümpelten und manche gar in Gewaltausbrüchen ein Ventil suchten:

Mit diesem traurigen Status quo könne und dürfe sich die Kreisstadt nicht abfinden, sieht Gieseler gleichsam rot, wenn er Bilder von Vandalismus, Brandstiftung sowie Attacken gegen Ordnungs- und Rettungskräfte vor Augen hat.

Im Stadtparlament hat – wie berichtet – die zweiköpfige Fraktionsgemeinschaft der Freien Wähler/UDS und der Dietzenbacher Liste beantragt, einen „interfraktionellen Arbeitskreis Rosenpark“ einzurichten.

Tenor von Jens Hinrichsen und Ismet Küpelikilinc, die das Duo bilden: Nach einer langen Phase, in der das Thema „Sozialer Brennpunkt“ auf dem kommunalpolitischen Radar nur noch eine untergeordnete Rolle gespielt habe, sei es höchste Zeit, das weite Feld endlich wieder intensiv und regelmäßig zu beackern. Konstruktiv müsse über Maßnahmen und Lösungsansätze gesprochen werden, betonen Hinrichsen und Küpelikilinc.

Doch siehe da: In der jüngsten Sitzung des Parlaments wurde nicht über den Antrag abgestimmt. „Warteschleife“ lautet das Motto. Die kommunale Verwaltungsspitze wolle zunächst einmal in einem „von Bürgermeister Jürgen Rogg zusammengesetzten Kreis (Polizei, Schulen, Staatsanwaltschaft etc.) über die Vorfälle informieren und diskutieren“, erfuhren Hinrichsen und dessen Parlamentskollegen, als die Frage „Wiederaufflammen von Krawallen: Und nun?“ aufgerufen wurde.

Nicht wenige Stadtverordnete werten Roggs Vorstoß als Versuch, eine politische Debatte mit breiter Öffentlichkeitswirkung (vorerst) zu unterbinden, scheinbar aus Furcht vor Negativ-Schlagzeilen.

Doch eben dieses Recht, den Problemkreis ausgiebig zu beleuchten und zu erörtern, dürften sich die Volksvertreter nicht aus der Hand nehmen lassen, unterstreicht Gieseler seine Sicht der Dinge – und er ist ganz sicher: Der besagte Arbeitskreis werde zustande kommen. Die CDU habe bereits eine Reihe von Stichworten wie „verstärkte Polizeipräsenz“ und „Video-Überwachung“ für die anstehenden Aussprachen angemeldet.

Außerdem müsse eine Grundsatzfrage beantwortet und beziffert werden: „Wie hoch sind die öffentlichen Finanzmittel, die seit der Aufnahme des Quartiers ins Projekt ‚Soziale Stadt‘ geflossen sind?“

SPD? „Weit entfernt“

Wenig bis nichts, so Gieseler, halte er von Überlegungen, die im Rathaus im Hinblick auf das sogenannte „Innenohr“ angestellt würden. Wer diese Freifläche in unmittelbarer Nachbarschaft des Hochhaus-Quintetts bebauen und dort Sozialwohnungen schaffen wolle, habe die Problematik „Verdichtung und die Folgen“ (immer noch) nicht durchschaut.

Gerade die Haltung der SPD sei bei der Frage, ob und in welcher Form Dietzenbach überhaupt noch wachsen solle, doch weit von den Positionen der CDU entfernt, gibt Gieseler zu bedenken. Sein Eindruck: „Die Grünen betonen zwar meiner Meinung nach die ökologischen Aspekte mitunter zu stark. Trotzdem stehen sie uns bei diesem wichtigen Thema deutlich näher als die Sozialdemokratie.“

Klingt so, als könne sich der Ex-Bürgermeister nach der Kommunalwahl im Frühjahr 2021 ein schwarz-grünes Bündnis in Dietzenbach durchaus vorstellen. Die Farbkombination liege „vielerorts im Trend“, meint Gieseler dazu diplomatisch und vielsagend.

17.06.20 Dreieich Zeitung

Zu lange zu viel schöngeredet?

Nach der Randalie im Spessartviertel: Bürger stellen „Fragen über Fragen“

„Fragen über Fragen“ bekomme er nach der jüngsten Randalie-Aktion im Spessartviertel von besorgten und wütenden Bürgern gestellt, betont der Stadtverordnete Artus Rosenbusch. So machten sich manche seiner Gesprächspartner beispielsweise Gedanken darüber, „ob die Festnahmen anlässlich der Krawalle nicht umfangreicher hätten ausfallen müssen“.

Außerdem werde die große Menge von Diebesgut, die die Polizei in mehreren Kellern der Hochhaus-Siedlung sichergestellt habe, mit Kopfschütteln quittiert. Wäre es nicht möglich gewesen, nach der Entdeckung des Raub-Depots dort gut getarnte Überwachungskameras anzubringen, um Personen zu identifizieren, die mit krimineller Energie unterwegs seien? Im Klartext: „In die Falle locken“... Warum sei denn diese Option nicht in Betracht gezogen worden?

So werde gefragt, geklagt und geflucht, weiß Rosenbusch zu berichten. Er, ein altgedienter Kommunalpolitiker, einst Zugpferd der Dietzenbacher FDP und mittlerweile fraktionsunabhängiger Stadtverordneter im örtlichen Parlament, legt mit seiner Wiedergabe von „Volkes Stimme“ gleichsam den Finger in die Wunde. Der Befund ist eindeutig: „Inszenierungen“ wie in jener Nacht Ende Mai, als mehrere Feuer loderten und die anrückenden Einsatzkräfte von den Brandstiftern mit einem Steinehagel „begrüßt“ und stundenlang beschäftigt wurden, schwächen das viel zitierte Vertrauen in den Rechtsstaat auf breiter Front.

Auf dem Schirm

Die Rolle von Polizei, Justiz, Politik und kommunaler Verwaltung: Sie wird kritisch beleuchtet von vielen Bewohnern der Kreisstadt, aber auch darüber hinaus. Die ganze Region, so scheint es, hat das Brennpunkt-Viertel auf dem Schirm.

Die immer wiederkehrende Kernfrage lautet: Ist denn dort überhaupt eine Trendwende zum Besseren möglich? Oder sind die Strukturen so verhärtet und verkorkst, dass alle Anstrengungen zur „sozialen Befriedung“ letztendlich wirkungslos verpuffen, so wie Tropfen auf dem heißen Stein? Nein, solche Schwarzmalerei sei absolut nicht angebracht. Viel habe sich getan, viel Positives. Dieser Tenor dominierte im Rathaus, er zog sich wie ein roter Faden durch die 2010er Jahre. Gebetsmühlenhaft wurden altbekannte Stichworte aneinandergereiht: Die segensreiche Wirkung der Sozialarbeit, die im Bildungshaus an der Rodgaustraße geleistet werde. Der markante Erfolg des Boxprojekts... Die sinkenden Kriminalitäts-Kennziffern in Dietzenbach...

In hellen Farben

So bekam es die Öffentlichkeit zu hören, immer und immer wieder, sei es aus dem Mund von Bürgermeister Jürgen Rogg oder von diversen Fraktionen im Stadtparlament, die das gesellschaftliche Klima vor Ort in hellen Farben malten – frei nach dem Motto „Alles auf einem guten Weg“. Zunehmend konnte man den Eindruck gewinnen, als verflüchtigte sich das Problemensemble im Quartier zwischen Lohrer und Wertheimer Weg mehr und mehr. Viele Kommunalpolitiker schienen primär andere Dinge im Kopf zu haben. Neue Firmenansiedlungen und neue Wohnungsbauprojekte standen im Fokus, wurden gefeiert und wie Image-Politik auf den Lack geratene „Schmuddelkind“ nach Jahren oberflächlicher Ruhe mal wieder mit hässlichen Fratze bundesweit für Aufsehen gesorgt hat, ist auch prompt eine gehörige Portion Bürgerzorn zu registrieren.

Anklagend wird gefragt: **Warum hat man sich die Dinge (zu) schönge-redet?** Weshalb wurde über die mannigfaltigen Probleme rund um das Stichwort „Siedlungsstruktur“ allzu glatt hinweggegangen? Wollte man sie nicht mehr sehen, die gravierenden Missstände in zentraler Lage, keinen Kilometer Luftlinie von der Dietzenbacher Verwaltungszentrale entfernt?

Materielle Armut in geballter Form, auf „Tafel-speisung“ angewiesene Menschen in großer Zahl, Schul- und Suchtprobleme als Ausdruck sozialer Verwahrlosung, vielfach kombiniert mit fehlenden beruflichen Perspektiven...

Und gerade so, als seien all diese Phänomene und die damit einhergehenden Multikulti-Herausforderungen nicht schon Konfliktstoff genug, habe es in den zurückliegenden Jahren mit neuen Zuwanderungswellen (Südosteuropa, Naher Osten) und mit Hausverwaltungen, die im galoppierenden Wechsel nicht aus den Negativ-Schlagzeilen gekommen seien, noch zusätzliche Spannungsfaktoren in Hülle und Fülle gegeben.

Konsequenzen

Solche Beobachtungen durchziehen das „Stadtgespräch“. Artus Rosenbusch und seine Kollegen aus dem Parlament brauchen keine besonders sensiblen Antennen, um derlei Dinge aufzuschnappen. **Jens Hinrichsen, der als Freier Wähler (FW-UDS) der Stadtverordneten-Versammlung angehört, will Konsequenzen aus alledem ableiten.**

Ja, es sei viel zu lange um den heißen Brei herumgeschlichen worden. Ja, es gebe „**übergroßen Handlungsbedarf**“ im Spessartviertel. Und nochmal ja, **es müssten ringend „Lösungen von der Politik entwickelt werden“**: So beschreibt Hinrichsen seine **Schlussfolgerungen**, die er in der nächsten Parlaments-sitzung am 26. Juni per Antrag bekräftigen wird.

Weites Feld beackern

Ein „interfraktioneller Arbeitskreis Rosenpark“ solle gebildet werden, um das weite Feld fortan kontinuierlich beackern zu können: So schlagen es Hinrichsen und Ismet Küpelikilinc (Dietzenbacher Liste), die eine Fraktionsgemeinschaft bilden, ihren insgesamt 43 Parlamentskollegen vor.

Konzentriert auf die Fakten, lösungsorientiert, ohne polemischen Zungenschlag: Solch eine Herangehensweise wünschen sich die Antragsteller.

Apropos Polemik: Die harte Hand, die Hessens Innenminister Peter Beuth (CDU) nach der Gewaltnacht vor knapp drei Wochen demonstrativ eingefordert hatte („Wer Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast“), hält Hinrichsen zwar für nachvollziehbar, was den Maßstab von Recht und Gerechtigkeit anbelangt. Doch **unterm Strich sei es mit plakativen Sprüchen nicht getan.**

Kommunale Kärrnerarbeit, so der Tenor des FW-UDS-Mannes, müsse – endlich wieder – geleistet werden.

12.06.2020 Offenbach Post

Nach Angriffen in Dietzenbach: **Bürgermeister äußert sich**

Nach den Angriffen in Dietzenbach hat jetzt der Bürgermeister der Stadt Stellung bezogen. Er hat einen Plan, um der Gewaltexzesse künftig zu verhindern.

Nach den **Angriffen** auf Einsatzkräfte in **Dietzenbach** hat sich der Bürgermeister der Stadt Jürgen Rogg (parteilos) geäußert. Er ist sich sicher: „Der überwiegende Teil der Menschen dort ist genervt von den Leuten, die dort Unruhe stiften.“ Seit den **Angriffen** sei wieder Ruhe im Spessartviertel eingekehrt.

Dass diese Ruhe in **Dietzenbach** Bestand hat, darum will sich Rogg jetzt kümmern. **So sollen Angebote wie Boxtraining und Hausaufgabenhilfe wieder verfügbar gemacht werden. Auch sollen Streetworker zum Einsatz kommen.**

Ermittlungen zu Angriffen in Dietzenbach bisher ohne Erfolg

Am 29. Mai waren in **Dietzenbach** Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr angegriffen worden. Die Feuerwehrleute wollten einen Brand löschen, der zuvor offenbar absichtlich gelegt worden war. Nach aktuellen Erkenntnissen waren für den Angriff auch Steine bereigt gelegt worden.

Die Polizei sucht inzwischen mit einem Onlineportal nach den Angreifern von **Dietzenbach**. Zwischenzeitlich war ein 19-Jähriger festgenommen worden, der aber später wieder auf freien Fuß gesetzt wurde. Warum es zu dem Angriff kam, ist weiterhin unklar.

Zwei Wochen nach den **Angriffen** auf Einsatzkräfte im **Dietzenbacher Spessartviertel** zeigt die Polizei weiter erhöhte Präsenz in der Hochhaussiedlung. Beamte führen wiederholt Kontrollen in dem Viertel durch, sagte ein Sprecher der **Polizei in Offenbach**. In den vergangenen Tagen seien dabei auch vereinzelt Drogen und Waffen wie Messer und Schlagstöcke gefunden und konfisziert worden. Seit den Ausschreitungen vom 29. Mai habe es aber keine weiteren Angriffe mehr gegeben.

Randalierer hatten Feuerwehr und Polizei damals in einen Hinterhalt gelockt und sie mit Steinen beworfen. Die Ermittler gehen von rund **50 möglichen Tätern** aus. Mittlerweile seien Hinweise im mittleren zweistelligen Bereich zu den **Angriffen** eingegangen. Außerdem würden weiter Aufzeichnungen von Überwachungskameras ausgewertet, so die Polizei weiter. In **Dietzenbach** ist mittlerweile [eine Debatte um die Sicherheit im Spessartviertel entbrannt](#)*.

10.06.20 Offenbach Post

Nach Angriffen auf Einsatzkräfte

Spessartviertel in Dietzenbach: „Situation offensichtlich unterschätzt“

Die Angriffe auf Feuerwehr und Polizei in Dietzenbach sollen politische Folgen haben. Es würden die Augen vor den Problemen verschlossen, so ein Vorwurf.

- Am 29. Mai wurden in Dietzenbach (Kreis Offenbach) Polizei und Feuerwehr in einen Hinterhalt gelockt
- Die Angriffe geschahen im Spessartviertel, das einst für seine sozialen Probleme bekannt war
- Die politische Debatte um das mutmaßliche Problemviertel entbrennt nun erneut

Dietzenbach – Spätestens seit den **unfassbaren Angriffen auf Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr am** 29. Mai ist das Spessartviertel in Dietzenbach wieder unrühmlich in aller Munde, nachdem sich das Quartier um die fünf Hochhäuser, in denen rund 3200 Menschen leben, in den vergangenen Jahren scheinbar beruhigt hatte. **Für die DL/FW-UDS-Fraktion ist das keine hinnehmbare Situation. Sie fordert** in einem Antrag für die kommende Stadtverordnetenversammlung am Freitag, 26. Juni, den Magistrat auf, „die Voraussetzungen für eine umfassende Behandlung des Themenkomplexes ‚Rosenpark‘ durch die Stadtverordneten zu schaffen“.

Spessartviertel in Dietzenbach: „Es passiert nichts“

Darunter stellt sich Fraktionschef Jens Hinrichsen vor, dass den Dietzenbacher Stadtverordneten einerseits alle aktuellen Informationen zu relevanten straf- und privatrechtlichen, finanziellen sowie sozialpolitischen Aspekten bereitstelle. Andererseits findet Hinrichsen, sollte sich dringend ein interfraktioneller Arbeitskreis Rosenpark gründen, „um für die notwendigen Entscheidungen einen breiten Konsens zu erreichen“. Offensichtlich sei die Situation in dem Quartier unterschätzt worden.

Die Fraktion ist der Meinung, „es passiert nichts“, auch Dietzenbachs Bürgermeister Jürgen Rogg habe keine Aktivitäten bezüglich des Problemfeldes gezeigt. „Ich vermisse die Besinnung, dass dort mehr gemacht werden müsste“, meint Hinrichsen. Die Probleme seien vielschichtig, er nennt die hinterhältigen Krawalle, das umfängliche Bunkern von Hehlerware, die jahrelangen gerichtlichen und staatsanwaltlichen Verzögerungen und die liquiditätsbedrohenden Inkassoprobleme für die Stadtwerke und Städtische Betriebe.

Nach Angriffen in Dietzenbach: Spessartviertel hat viele Probleme

Auch nennt er die hohe Fluktuation in dem Quartier, Überbelegung von Wohnungen und den hohen Anteil bildungsferner und sozialschwacher Einwohner. Das Hauptproblem sieht Hinrichsen allerdings in der Hausverwaltung. „Alle wissen, dass dort eine Riesensauerei passiert, aber keiner macht was.“ Er meint: „Wenn mögliche Strafverfahren gegen die Rosenparkverwaltung nach fünf Jahren polizeilicher Ermittlungen noch immer nicht zur Einleitung eines Strafverfahrens geführt haben, dann festigt dies nicht das Vertrauen der Einwohner in die deutsche Justiz.“ Seine Traumvorstellung sei ein Arbeitskreis, in dem alle Beteiligten – von Vertretern der Stadtverwaltung, über Stadtverordnete, Polizei, Eigentümern und Mietern – sich austauschen, Lösungen finden und die Probleme gemeinsam angehen.

Einige werden denken: Das gab es doch schon einmal. In der Tat. Einen Zusammenschluss, der ein friedliches Zusammenleben der Dietzenbacher Bürger fördern und begleiten sollte, gab es viele Jahre lang. Im Januar 1993 bereits gründete der damalige Stadtverordnetenvorsteher Gottfried Kuzelka (SPD) den „Runden Tisch für ein humanes Miteinander“ und lud zum ersten Mal örtliche Politiker, Vertreter aus Vereinen, Schulen und Kirchengemeinden sowie von Feuerwehr und Polizei zum gemeinsamen Gespräch. Anlass waren die damaligen Brandanschläge und Überfälle auf Flüchtlingsheime, Asylbewerber und Obdachlose. Ziel der Runde sollte ein gemeinsamer Blick auf die Situation vor Ort sein, um bei Bedarf Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, damit, wie es hieß, „die deutsche und ausländische Bevölkerung gleichberechtigt, angstfrei und friedlich miteinander leben kann“. Dabei erhielt der Runde Tisch für seine Arbeit durchaus ein gewisses Gewicht: Angesiedelt wurde das Projekt in der Verantwortung des jeweiligen Stadtverordnetenvorstehers.

Dietzenbach: Angriffe im Spessartviertel sollen politische Folgen haben

Intensiv widmete sich später vor allem Peter Gussmann (SPD) als Erster Bürger der Stadt den Zusammenkünften. Auch seine Nachfolgerin Kornelia Butterweck (CDU) setzte während ihrer gesamten Amtszeit auf den gemeinsamen Austausch und die Projekte, die sich daraus entwickelten. „Wir haben nicht nur geredet, sondern viele Maßnahmen ins Leben gerufen, unter anderem ist die Tafel aus den Treffen hervorgegangen“, erinnert sie sich. Konsequenterweise seien auch Polizei und Feuerwehr immer eingebunden gewesen. „Wir haben uns oft im Spessartviertel getroffen und die Situation dort wahrgenommen.“

Christel Germer (CDU), Stadtverordnetenvorsteherin seit vier Jahren, setzt dagegen von Beginn ihrer Amtszeit an auf Alternativen und neue Konzepte, die sich mit der Zeit in der Stadt ergeben hatten. „Wir haben beispielsweise das Integrationskonzept mit all seinen Arbeitsgruppen erarbeitet, auf dessen Grundlage man all die Fragen um das Miteinander viel besser angehen kann.“ Den Runden Tisch einzuberufen sei entsprechend nicht mehr notwendig gewesen. In zeitgemäßen Projekten investiere die Stadt intensiv in das Miteinander, gerade im Bereich der Jugendarbeit.

Nach wie vor wichtig sei aber immer die Bereitschaft, gemäß der aktuellen Situation zu arbeiten. „Wenn Bedarf ist, können wir auch den Runden Tisch jederzeit wieder einberufen“, sagt die Stadtverordnetenvorsteherin.

Diesen Bedarf hat zumindest die DL/FW-UDS-Fraktion nun angemeldet.

Von Ronny Paul und Barbara Scholze

Rundschau 02.06.20:

Erste Hinweise auf die Täter im Dietzenbacher Spessartviertel

Von Annette Schlegl

Nach den freitäglichen nächtlichen Krawallen im Spessartviertel in Dietzenbach blieb es über Pfingsten dank starker Polizeipräsenz ruhig. Erste Täterhinweise gingen ein.

Im Dietzenbacher Spessartviertel ist es übers Pfingstwochenende ruhig geblieben. Nachdem rund 50 Randalierer in der Nacht von Donnerstag auf Freitag Einsatzkräfte mit gelegten Feuern in einen Hinterhalt gelockt und mit Steinen angegriffen hatten, zeigte die Polizei in der Folge vor allem abends und nachts viel Präsenz. „Wir hatten zusätzliche Kräfte von der Bereitschaftspolizei, aber auch aus den eigenen Reihen dort, die zahlreiche Kontrollen vorgenommen haben“, berichtete ein Sprecher des zuständigen Polizeipräsidiums Südosthessen in Offenbach.

Marcel Haufschild von der Hausverwaltung sprach am Dienstag auf Anfrage der FR von „zehn bis zwölf Polizeiwagen“, die jeweils an den Abenden nach der Tatnacht im Spessartviertel vorgefahren seien. Am Samstag sei es trotzdem zu einem kleinen Zwischenfall gekommen: Ein Filmteam des Hessischen Rundfunks sei aus einem der Wohnhochhäuser mit Eiern beworfen worden.

Man gehe davon aus, dass die freitäglichen Täter „ortsansässige junge Männer sind, die überwiegend dort zu Hause sind“, sagte der Polizeisprecher. Seine Behörde hat ein spezielles Hinweisportal eingerichtet. Videos und Fotos können unter dem Link <https://polizeihinweise.de/wurf> anonym aufgespielt werden. Übers Pfingstwochenende seien auch schon erste Hinweise eingegangen, sagte der Sprecher, aber nicht so viele und auch nicht so hochkarätige wie erwünscht. „Im niedrigen zweistelligen Bereich“ habe es Tipps gegeben.

Das Motiv für die Attacke gegen Polizei und Feuerwehr in der Nacht zum Freitag ist weiterhin unklar. „Es kann sein, dass man uns dort nicht sehen will, weil wir Drogengeschäfte kaputtmachen“, vermutete der Polizeisprecher, und sprach vom möglichen Versuch, das Spessartviertel in eine No-go-Area zu verwandeln. Es könne aber auch ein Racheakt für die Sicherstellung von 200 möglicherweise gestohlenen Fahrrädern in Kellern der Hochhäuser einige Tage vorher sein. „Wir ermitteln in alle Richtungen.“ Der 19-jährige mutmaßliche Täter, den die Polizei in der Krawallnacht festnahm, habe sich weder zum Motiv noch zu Mittätern geäußert. Er sei unter Auflagen wieder entlassen worden.

Jedem, der sich bei der Attacke auf dem Parkdeck hinter den Wohnhäusern aufhielt, müsse man nachweisen, welchen Tatbeitrag er geleistet habe, erläuterte der Polizeisprecher. Das gestalte sich schwierig. Die Ordnungshüter werten dabei auch Aufzeichnungen der Kamera des Polizeihubschraubers aus. Der Erfolg könnte aber größer sein: Viele der Täter zogen einfach die Mütze ihres Hoodys hoch, um unerkannt zu bleiben. Noch in der Tatnacht kopierte die Polizei auch Videomaterial aus der Gemeinschaftswohnanlage. **Innen und außen seien insgesamt 70 Kameras angebracht**, die Tag und Nacht aufzeichnen, sagte Haufschild.

Dass die Polizei nicht mehr Krawallmacher erwischte, lag zum einen an der Örtlichkeit, zum anderen am Überraschungseffekt. „Anfangs hatten wir damit zu tun, Verstärkung zu rufen“, erklärte

der Polizeisprecher. Ursprünglich seien nämlich nur zwei Streifen anwesend gewesen, um den Einsatzraum der Feuerwehr vom Verkehr freizuhalten. „Wir wussten nicht, was uns da erwarten würde.“ Darüber hinaus seien es so viele Täter gewesen, dass man sie nicht verfolgen konnte. „Sie sind ins Dunkel weggerannt.“ Die Lage sei „sehr dynamisch“ gewesen. Auf dem großen Parkdeck hinter den Hochhäusern hätten die Randalierer ein großes Steindepot angelegt – „mit Steinen, die an den Bahnschienen zu finden sind“. Vom Parkdeck aus führen kleine Treppen zu den Schienen.

Haufschild sprach von jugendlichen Tätern, die noch in der Entwicklung sind, und beklagte, dass es im Spessartviertel keinen Quartiersmanager mehr gebe. „Das Büro am Lohrer Weg ist zu“, sagte er. Der Erste Stadtrat Dieter Lang (SPD) widersprach dieser Aussage. Der Quartiersmanager sei verlagert worden, aber „nach wie vor im Viertel vorhanden“. Er sei nur ins Bildungshaus in der Rodgaustraße umgezogen.

01.06.2020 Offenbach Post

Angriff auf Einsatzkräfte

Gewalt in Dietzenbach: Die Justiz duldet im Spessartviertel einen rechtsfreien Raum

Was in der Nacht zum Freitag im **Dietzenbacher Spessartviertel** passiert ist, macht fassungslos. Ein Kommentar.

- Mob greift bei **Straßenschlacht** im **Spessartviertel** Polizei und Feuerwehr an
- Sozialer Brennpunkt in **Dietzenbach** lodert weiterhin
- Die Justiz lässt in dem Stadtteil einen **rechtsfreien Raum** zu und spricht keine Urteile

Dietzenbach – „Wer Einsatzkräfte angreift, gehört in den Knast.“ Punkt. Den Worten von **Innenminister Peter Beuth** sei noch der Zusatz seines CDU-Parteikollegen Ismail Tipi angefügt: „Wer Polizei und Rettungsmannschaften angreift, greift damit auch die gesamte Gesellschaft und unsere Demokratie an.“

War es eine Falle, die die rund 50 Männer Polizei und Feuerwehr gestellt haben? Ein Racheakt, weil Anfang der Woche ein Lager mit Diebesgut (unter anderem rund 250 Fahrräder) in einem der fünf Hochhäuser des **Spessartviertels** ausgehoben wurde? Haben die coronabedingten Einschränkungen, das fehlende Training im Box- oder im Fußballverein, gar Langeweile zu der Gewaltexplosion geführt? Alles Mutmaßungen.

Dietzenbach: Straßenschlacht im Spessartviertel – „Geschichte wiederholt sich“

„Geschichte wiederholt sich“, war der erste Gedanke eines Kollegen, als er von den Vorfällen hörte. Der Juli 2005 war ihm sofort wieder präsent. Egal, wie sich die Verantwortlichen der Kreisstadt bemühen, positive Schlagzeilen zu schreiben: Immer wieder rufen Ereignisse im **Spessartviertel in Dietzenbach** ins Gedächtnis, dass der soziale Brennpunkt weiterhin lodert.

Mehrere Personen werfen aus dem Hinterhalt Polizei- und Feuerwehrkräfte. Mehrere Brände wurden gelegt und von uns bekämpft. Ein Bitte an alle Anwohner: Beteiligt euch nicht an diesem abscheulichen Verhalten! ^os

Es ist seit den Ausschreitungen 2005 zwar viel im ehemaligen **Starkenburgring** passiert. So hat etwa das Landesprogramm Soziale Stadt zur Aufwertung des Quartiers beigetragen. Stadt und Polizei haben präventiv viel Arbeit und Personal aufgewandt und „Druck auf die Straße gebracht“. Doch darf dieser nicht nachlassen, muss vielleicht sogar intensiviert werden.

Gewalt in Dietzenbach: Nur oberflächlich hat sich etwas im Spessartviertel getan

Oberflächlich hat sich also in den vergangenen Jahren in der Tat vieles zum Besseren gewendet. Doch im Verborgenen (und oft auch für jedermann sichtbar auf der Straße in **Dietzenbach**) ist das **Drogen- und Dealerproblem** nach wie vor latent, die Fluktuation der Bewohner hoch. **Hausverwaltungen und Hausmeister haben dort über Jahre ein Regiment aufgebaut, gegen das die gegensteuernden Akteure machtlos scheinen.**

Denn egal wie gut die Vorarbeit von Polizei und Stadt ist, **das Schneckentempo der Gerichte macht alles wieder zunichte. Einige Eigentümer haben daher mittlerweile einen getrüben Glauben an den Rechtsstaat. Seit rund zehn Jahren haben sich im Quartier Parallelstrukturen bilden können, ohne dass Protagonisten das Handwerk gelegt werden konnte.**

Spessartviertel in Dietzenbach: Urkundenfälschung, veruntreute Gelder und Drohungen

Von mutmaßlicher **Urkundenfälschung bei Vollmachten**, von **veruntreuten Geldern** und Drohgebärden bei Eigentümerversammlungen berichtet unsere Zeitung seit Jahren. Die nun publik gewordene **halbe Million Euro Verbindlichkeiten der WEG Rosenpark GmbH bei zwei städtischen Tochtergesellschaften** ist da nur ein Punkt von vielen. Und das Rad dreht sich jedes Jahr weiter.

Die **Wahlen der jeweiligen Hausverwaltungen**, hinter denen sich bei genauerem Hinsehen immer die **gleichen Personen mit neuem Namenslabel** verstecken, werden regelmäßig vom Amtsgericht Offenbach für ungültig erklärt, und doch bleiben **die gleichen Strippenzieher** weiter am Ruder. Viele Klagen gegen die Machenschaften der Hausverwaltungen bleiben unangetastet ob der Komplexität der Sachverhalte.

Straßenschlacht in Dietzenbach: Die Justiz lässt im Spessartviertel einen rechtsfreien Raum zu

Solange die Justiz im **Spessartviertel in Dietzenbach** einen rechtsfreien Raum zulässt und keine Urteile spricht, laufen alle Bemühungen von Polizei und Stadt ins Leere. So bildet sich der Nährboden für solch unfassbare Taten gegen Menschen, die Menschen dienen. Die **Gerichte sollten nicht nur im Verfahren gegen die Täter von Freitagnacht Siebenmeilenstiefel schnüren, sondern auch endlich im Kampf gegen die Parallelstrukturen in der Hausverwaltung** des Spessartviertels.

VON RONNY PAUL

09.03.2020 Offenbach Post

Gerichtsstreit über Müll

Erfolgreiche Klage gegen Abgabenbescheide der Stadtwerke

Geklagt und Recht bekommen hat die Wohnungseigentümergeinschaft (WEG) Rosenpark vor dem Verwaltungsgericht Darmstadt gegen Abgabenbescheide der Stadtwerke beziehungsweise der Städtischen Betriebe. Die Urteilsbegründung des Gerichts liegt allerdings noch nicht vor.

Dietzenbach – Konkret ging es der Klageseite darum, dass die Abgabebescheide für die Jahre 2015 und 2016 für die Müllgebühren aufgehoben werden. Die WEG hatte gegen diese Widerspruch eingelegt. Der Vorwurf: Laut Marcel Haufschild, einer der drei Mitglieder des Verwaltungsbeirats, der die fünf Hochhäuser im Rosenpark beziehungsweise Spessartviertel vertritt, seien die Abfallgebühren überhöht und **pro Jahr rund 300.000 Euro zu viel** abgerechnet worden. Haufschild sagt, die Müllgebühren seien mehr als verdoppelt worden, **die Leistungen aber gleich geblieben.** Dies geschah nach der Einführung der Biotonne im März 2015. 40 Restmülltonnen werden weiterhin zweimal pro Woche abgeholt, allerdings bei einer Erhöhung von 110 Prozent, erläutert

Haufschild. Er berichtet, dass bei den **rund 4000 Bewohnern** in den fünf Hochhäusern wesentlich weniger Bio- als Restmüll anfällt.

Urteilsbegründung steht noch aus

Christian Locke, Betriebsleiter der Städtischen Betriebe, möchte zu dem Verfahren keine endgültige Stellungnahme abgeben, da die Urteilsbegründung noch aussteht. Noch sei nicht absehbar, auf welche Prüfungsergebnisse die Richter ihr Urteil stützen. Locke, der auch Geschäftsführer der Stadtwerke ist, sagt: „Ich sehe der Urteilsbegründung entspannt entgegen.“ Wichtig sei, dass die Bescheide nicht nichtig sind, „so wie es die Gegenseite wohl erreichen wollte“. Er informiert, dass vor Gericht die Argumente der Hausverwaltung und der Kreisstadt ausgetauscht wurden und dabei formelle Aspekte, etwa auch die Prüfung der zugrunde liegenden „Satzung über die Entsorgung von Abfällen in der Kreisstadt“, zur Sprache kamen. Locke betont: „Für uns geht es aber nicht um Formalitäten. Es geht vielmehr darum, dass 7500 Haushalte in Dietzenbach den Bioabfall vorbildlich vom Restabfall trennen.“ „Der Rosenpark“ versuche das erst gar nicht. „Und das führt dazu, dass die sich so erhöhenden Entsorgungskosten von der Allgemeinheit getragen werden müssen.“

Dagegen verweist Haufschild darauf, dass die fünf Richter diesem Argument nicht gefolgt seien. „Wir haben extra Hausmeister eingestellt, die den Müll trennen. Diese muss die WEG obendrein bezahlen, dafür, dass sie den ganzen Tag nur Müll trennen.“ Zudem verfüge man über die gesamte Palette der verfügbaren Tonnen – von Restmüll bis Papier.

Locke hebt hervor: „Klar ist entsprechend, dass die Vorgaben des Kreislaufwirtschaftsgesetzes als zentrales Bundesgesetz des deutschen Abfallrechts eingehalten werden müssen – und zwar in allen Haushalten Dietzenbachs, also auch in den Großwohnanlagen.“ Es gelte zuvorderst der Verwertungsgrundsatz. „Das heißt, dass jegliche Abfälle vor der Entsorgung vorsortiert werden müssen. Jeweils nach dem Trennungsprinzip von Papier und Glas, Leichtverpackungen und Restmüll sowie Bioabfall.“ Die in der Satzung festgelegte Einheitsgebühr umfasse nahezu alle abfallwirtschaftlichen Leistungen, „also Sperrmüll, den Betrieb der Wert- und Altstoffannahme und des Grünabfallsammelplatzes, die Abfallberatung, die Bereitstellung der Depotcontainer und der Behälter der Haushalte“, betont Locke. „Das ist ein breites und gutes Angebot für alle Bürger in Dietzenbach, das sie solidarisch finanzieren.“ Dieses Solidaritätssystem funktioniere jedoch nur, „wenn alle Bürger sich daran halten, egal in welchen Liegenschaften sie wohnen“. Locke unterstellt hingegen der Hausverwaltung, dass diese den Bewohnern nicht die Gelegenheit gebe, „das notwendige und seitens der Stadt gestellte Equipment nutzen zu können“: „Es scheint jedoch so, dass sie gar nicht die Möglichkeit haben, den Bioabfall getrennt zu sammeln.“ So wurden laut Locke bereits zur Einführung des Biomüll-Systems die von den Städtischen Betrieben an die Rosenpark-Verwaltung gelieferten Biobehälter nicht auf den vorgesehenen Abfallsammelplätzen zur Verfügung gestellt.

Das Verwaltungsgericht urteilt in dem Fall, dass die besagten Abgabenbescheide aus den Jahren 2015 und 2016 aufgehoben werden. Weiter heißt es, dass der Beklagte die Verfahrenskosten zu tragen habe. Eine Berufung werde zugelassen.

Von Ronny Paul

10.12.2019 Offenbach Post

Spessartviertel - Harte Fronten zwischen Eigentümern und Hausverwaltung

„Alle Jahre wieder“ treffen sich die Wohnungseigentümer der fünf Hochhäuser des Spessartviertels zur Erbbauberechtigtenversammlung im Hotel Sonnenhof. Und wie „alle Jahre wieder“ wird es wohl ein juristisches Nachspiel geben.

Mühlheim – Die Eindrücke des Treffens könnten unterschiedlicher nicht sein. Die für die fünf Hochhäuser zuständige Hausverwaltung, die „Immobilienverwaltung Rosenpark GmbH“, spricht von einer „ruhigen und sachlichen“ Versammlung mit „kleinen Wortgefechten“. Der sechsköpfige Sicherheitsdienst habe nicht eingreifen müssen. Mehrere Eigentümer wiederum berichten von „unzumutbaren Bedrohungsszenarien“ und aggressivem Gebaren des Sicherheitsdienstes.

Die für 13 Uhr angesetzte Sitzung begann – wie alle Jahre wieder – mit einer Verzögerung – diesmal waren es rund zweieinhalb Stunden. 42 Eigentümer der insgesamt 1019 Wohnungen waren zugegen, 77,6 Prozent durch Vollmachten vertreten, teilt die Immobilienverwaltung mit. Zuvor seien vom Eigentümer Dieter Bracht rund ein Drittel und von der Eigentümerin Silvia Ohde etwa ein Viertel der Vollmachten „rechtswidrig“ nicht zugelassen worden, teilt Eigentümer Dr. Peter Kunth mit. Er schildert weiterhin, dass Eigentümer Thomas Schulze die Einsicht der Originalvollmachten beantragte und dabei von der Verwaltergruppe „erneut falsche und gefälschte Vollmachten – zum Teil zum wiederholten Male“ – entdeckt habe. Bei der Einsichtnahme seien die Prüfenden von drei Mitgliedern der Sicherheitsfirma umringt worden. „Einer der Herren wurde aggressiv, nachdem Herr Schulze eine offensichtlich gefälschte Vollmacht fotografieren wollte“, schildert Kunth.

Einsatz vom Sicherheitsdienst

Daraufhin habe er mit dem Abbruch der Vollmachtsprüfung, sollte der Sicherheitsdienst den Saal nicht verlassen, gedroht. Dabei sei er erneut von einem Sicherheitsmann angefasst worden.

Ein Eigentümer habe eine falsche Originalvollmacht, die Marcel Haufschild vom Verwaltungsbeirat laut Kunth rechtswidrig eingesetzt hatte, zerrissen, „um weiteren Missbrauch zu verhindern“. „Es stand kurz vor einer Schlägerei mit einem der Saalschützer, die der Versammlungsleiter abwiegelte“, berichtet Kunth weiter, woraufhin er und Silvia Ohde den Saal verließen und erklärten, dass sie „unter diesen unzumutbaren Bedrohungsszenarien“ nicht weiter an der Versammlung teilnehmen werden.

Kunth hatte auch im Nachgang der letztjährigen Versammlung Rechtsmittel eingelegt. Das Amtsgericht Offenbach hatte daraufhin im Oktober die Wahl von Irene Hahn und Haufschild in den Verwaltungsbeirat für ungültig erklärt, da beide keine von der Verwaltung unabhängigen Personen seien. Das Gericht verweist in seinem Urteil auch darauf, dass Haufschild „2016 und 2017 im Rahmen eines verdeckten Treuhandverhältnisses an der Verwalterin beteiligt gewesen ist, worüber die Erbbauberechtigten treuwidrig nicht aufgeklärt worden waren“ (wir berichteten).

Haufschild erneut im Beirat

Ungeachtet dessen wurde Haufschild von der Versammlung erneut in den Beirat gewählt, dessen Vorsitz nun Bodo von Rhein inne hat. Hassan Annou und Haufschild sind die Beisitzer. Die Immobilienverwaltung Rosenpark GmbH wurde für drei weitere Jahre wiedergewählt. Ebenso zur Wahl standen die Immoveo GmbH aus Darmstadt und alte Bekannte, die Hausverwaltung Abendschein GmbH.

Die Sitzung leitete nicht der Geschäftsführer der Rosenpark GmbH Alexander Minch, sondern der Verwalteranwalt und Eigentümer Mimoun Chilioui, berichtet Walter Fontaine, Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach (WD), die 91 Wohnungen in dem Quartier besitzt. Minch sei mehrmals aufgefordert worden, sich zu äußern, habe aber nicht reagiert und keine Miene verzogen, schildert Fontaine, der moniert, dass etliche Tagesordnungspunkte en bloc abgelehnt wurden. Das bestätigt die Hausverwaltung: „Alle Tagesordnungspunkte von Herrn Bracht wurden abgelehnt. Er will mal wieder klagen.“

Für Fontaine wiederum ein Unding: „Das geht nicht, dass habe ich auch deutlich gemacht.“ Er sei fest überzeugt, dass dagegen geklagt werde.

Beschlüsse wurden gefasst

Beschlüsse wurden auch gefasst. So erhöhen sich die Nebenkosten ab Januar um 39 Cent auf 5,50 Euro pro Quadratmeter. Eine von der Hausverwaltung angedachte Anpassung auf sechs Euro wurde abgelehnt. Weiterhin berichtet die Immobilienverwaltung, dass die Verkehrswerte der Wohnungen auf 800 Euro pro Quadratmeter ebenso wie die Mieten für eine Einzimmerwohnung – auf rund 600 Euro – gestiegen seien. Zudem seien weitere Klagen gegen die Stadtwerke Dietzenbach wegen erhöhten Müllgebühren beim Verwaltungsgericht Kassel eingereicht worden.

Fontaine ist nach der Versammlung – wie alle Jahre wieder – ernüchtert: „Wir drehen uns seit zehn Jahren im Kreis.“ Er gehe davon aus, dass sowohl die Wahl der Hausverwaltung als auch die des Verwaltungsbeirates vor Gericht landen.

von Ronny Paul

11.12.2018 Offenbach Post

Ungültige Vollmachten und geschobene Beschlüsse

Spessartviertel: Juristische Nachspiele wahrscheinlich

Dietzenbach - Dutzende vermeintlich gefälschte Vollmachten, ein stummer Geschäftsführer der Hausverwaltung und ein alter Bekannter, der sowohl in der Verwaltung als auch im Beirat die Fäden zieht. Die diesjährige Erbbauberechtigtenversammlung der fünf Hochhäuser im Spessartviertel wirkt wie ein Déjà-vu. *Von Ronny Paul*

Nach einem turbulenten Jahr 2017, in dem die Hausverwaltung im Spessartviertel gewechselt hat – [unter anderem, weil der als Treuhänder vom damaligen Gesellschafter Marcel Haufschild eingesetzte Sven Adam mit einem Vorschlaghammer auf diesen losgegangen sein soll](#) – spricht Walter Fontaine im Rückblick auf die diesjährige, siebeneinhalbstündige Erbbauberechtigtenversammlung von einer „einigermaßen gesitteten“ Veranstaltung. Daran ist zu erkennen, dass Fontaine als Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach (WD), die 91 Wohnungen in dem Quartier besitzt und die zu zwei Dritteln der Stadt gehört, schon vieles dort erlebt hat. Denn wenn sich die Wohnungseigentümer der fünf Hochhäuser des ehemaligen Starkenburgrings zur Erbbauberechtigtenversammlung treffen, sind die Sicherheitsvorkehrungen stets hoch. Diesmal wachten anstatt zwölf wie im vergangenen Jahr, nur sechs Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes über den Versammlungsort im Hotel Sonnenhof, berichtet Fontaine. Doch **auch nach der jüngsten Versammlung sind Rechtsstreitigkeiten vorprogrammiert.**

Diese beginnt zunächst mit zweieinhalbstündiger Verspätung, weil die Hausverwaltung die eingebrachten Vollmachten prüft und die Stimmzettel aushändigt. Und weil zu Beginn der Sitzung drei Eigentümer per Geschäftsführungsantrag Einsicht in die Vollmachten verlangt haben. Dabei stellten sie laut **Fontaine** fest – und auch das wiederholt sich Jahr um Jahr –, dass „**Dutzende Vollmachten vermeintlich gefälscht waren**“. Einige haben Original-Vollmachten aus den Jahren

2010 bis 2012 vorgelegt, obwohl diese bereits in den Vorjahren bei der Verwaltung hätten abgegeben werden müssen. „Diese hätten nicht anerkannt werden dürfen.“ Wurden sie aber. Fontaine geht davon aus, dass Eigentümer dahingehend eine Klage auf den Weg bringen.

Doch das ist nicht die einzige Angelegenheit, die ein juristisches Nachspiel haben dürfte. Als „Unding“ bezeichnet der WD-Geschäftsführer die Tatsache, dass Haufschild, der seit Jahren im Spessartviertel die Fäden in der Hand hält, sich als Beiratsmitglied hat wiederwählen lassen, obwohl er auch Teil der Hausverwaltung ist. „Das ist ein Widerstreit der Interessen“, betont Fontaine. Auch die Wahl der Hausverwaltung im vergangenen Jahr hat das Amtsgericht im August für ungültig erklärt. Aber da die Verwaltung in Berufung gegangen ist und sich nun hat wiederwählen lassen, bevor ein rechtskräftiges Urteil gesprochen wurde, ist die Klage obsolet. „Das Spiel spielen wir nun schon zum dritten oder vierten Mal“, sagt Fontaine desillusioniert. „So führt man den Rechtsstaat ad absurdum.“

04.09.2018 Offenbach Post

Imagepflege im „Innenohr“

Nachbarschaftsfest lockt mit buntem Programm zum zehnten Geburtstag

Dietzenbach - Das Nachbarschaftsfest in Dietzenbach ist eine geliebte und gelebte Tradition. Dieses Jahr sind die Veranstalter besonders stolz, denn das internationale Volksfest feiert seinen zehnten Geburtstag. *Von Burghard Wittekopf*

„Vor zehn Jahren sind wir mit der Idee gestartet, dass sich die Nachbarn im Spessartviertel untereinander kennenlernen sollen“, betont der Vorsitzende des Ausländerbeirats Cengiz Hendek. Doch nicht nur ansässige Bürger, sondern auch Bewohner aus anderen Stadtvierteln sollten den Weg dorthin finden. Die erste Feier fand noch zwischen den Hochhäusern statt. Inzwischen ist das Fest in das „Innenohr“ verlagert worden, und es ist viel größer als zu Beginn.

So wird im Bereich der Rodgaustraße, dem Brückenwieseweg und der Laufacher Straße in großem Stil miteinander und vor allem bunt gefeiert. Das liegt auch daran, dass sich die vier Kindertagesstätten „Kinderburg“, „Mutabor“, „Tausendfüßler“ und „Kita Kinderland“ sowie das Bildungshaus beteiligen.

Federführend organisiert wird die Veranstaltung diesmal von Quartiermanagerin Margot Acht vom Fachbereich Soziale Dienste. „Ich bin überglücklich, dass das Fest so gut abläuft und bei allen so gut ankommt.“

Wie im vergangenen Jahr wird das Fest von Erstem Stadtrat Dieter Lang eröffnet: „Hier geht es um das Gemeinsame, das Miteinander.“ Er lobt das große Engagement der Verantwortlichen und aller Teilnehmer, die dafür verantwortlich seien, dass sich das Image des Viertels inzwischen stark verbessert habe.

Die Hausaufgabenhilfe ist mit ihrem bewährten Zehn-Spiele-Parcours am Start. Sackhüpfen, Balancieren, Stelzenlauf und Fühlkisten zum Ertasten von Gegenständen kommen bei den Kindern besonders gut an. Hüseyin Dogan von der Hausaufgabenhilfe der Aueschule ist für den Sackhüpfstand zuständig. „Es ist wichtig, dass wir mit den Kindern in Kontakt kommen und bleiben“, meint sie.

Nebenan stehen Hossein Mehranfard, Leiter des Boxprojektes, und seine Mitstreiter für Fragen zur Verfügung. „Wir haben viele Anfragen für das Boxprojekt, aber leider sind unsere Kurse für Jungen total belegt.“ Neu ist, dass es das Angebot auch für Mädchen gibt. „Allein heute haben sich 15 Mädchen für den Kurs angemeldet“, sagt Mehranfard. Das sei für die Integration ebenfalls sehr

wichtig und man werde es entsprechend ausbauen.

Das Fußballturnier, das unter der Leitung des Boxprojektes steht, ist ebenfalls sehr gut besucht. Die Jugendverkehrsschule wiederum hat ihren Fahrrad-Parcours aufgebaut. Junge Biker können hier üben, wie man ein Hindernis sicher umfährt und in schwierigen Situationen richtig reagiert.

Zum ersten Mal dabei ist das Suchthilfezentrum Wildhof. Es hat eine Torwand aufgestellt. „Wir setzen den Kindern eine Brille auf, die einen Promillewert von ungefähr 1,3 simuliert“, sagt Christian Beek. „Die meisten staunen dann schon, wie schwierig das ist, den Ball zu haben
leckeren Kuchen gebacken und Kulturvereine den Grill angeworfen. Sie servieren mit Kartoffeln gefüllte Fladen, Köfte oder leckere Salate wie Bulgur oder Kartoffelsalat. Zuspruch gibt es auch fürs Bühnenprogramm. Kinder aus den anliegenden Kindergärten etwa singen mit Birgit Reuter zusammen das „Blub-Lied“, der Internationale Chor seine Hymne „Sing a Song“. Die beiden Integrationslotsinnen Hüsniye Erdogan und Saliha El Achak übernehmen die Moderation.

Und wie finden die Bewohner das Fest? Hüssein Yilmaz ist mit seinen vier Kindern gekommen. „Ein tolles Programm“, sagt er. Eine Dame kritisiert zwar, dass es zu wenig Spielmöglichkeiten für die Kinder gibt, das sei letztes Jahr besser gewesen. Doch in einem sind sich alle einig: Das Fest soll nächstes Jahr wieder stattfinden.

20.06.2018 Offenbach Post

„Das kann nicht von Vorteil sein“

Bebauungsplan für Innenohr des Spessartviertels nicht aufgehoben

Dietzenbach - Keiner der Lokalpolitiker möchte im sogenannten Innenohr bauen. Allerdings will die Mehrheit den bestehenden Bebauungsplan für die Grünfläche im Spessartviertel aufrecht erhalten. *Von Ronny Paul*

Vögel zwitschern, Grillen zirpen im fast meterhohen Grün im sogenannten Innenohr. Ein plattgetrampelter Pfad führt durch hochgewachsenes Gestrüpp von der Kita IX, Rodgaustraße, in Richtung Hochhäuser. Die rund ein Hektar große Brach- beziehungsweise verwilderte Grünfläche trennt die Mehrfamilienhäuser am Brückwiesenweg von den fünf Hochhäusern des östlichen Spessartviertels. Was mit der ungenutzten Fläche passieren soll, darüber debattieren die Stadtverordneten in immer wiederkehrenden Intervallen seit Jahrzehnten.

Die Fraktionen der CDU und der Grünen haben jüngst mit Anträgen in der Stadtverordnetenversammlung (SVV) den Vorstoß gemacht, den für das Innenohr bestehenden Bebauungsplan „8JEa“ aufzuheben. Das Vorhaben scheiterte an den Gegenstimmen.

In den 60er- und 70er Jahren waren dort Hochhäuser angedacht, generell sollte Dietzenbach möglichst schnell wachsen, resümierte der CDU-Stadtverbandschef Stephan Gieseler den Werdegang des Innenohrs. Nach den Problemen und daraus resultierenden Erfahrungen in den 70er Jahren habe man festgestellt, dass Hochhäuser nicht so optimal sind. In den 80ern sollten Häuser mit sechs bis acht Etagen entstehen, das Vorhaben wurde aber nie verwirklicht. Richtung Jahrtausendwende war der Gedanke, dass es klug sei, dort eine Grünfläche anzulegen, berichtete Gieseler weiter. Mit dem Programm „Soziale Stadt“ wurden im Innenohr randaliersichere Laternen aufgestellt und von Anwohnern Bäume gepflanzt. Gieseler sieht das Innenohr als „städtebauliche Friedenswiese, weil sie verhindert, dass Wohnquartiere sich gegeneinander entwickeln“. Sein Fraktionskollege Dietmar Kolmer brachte es auf den Punkt: „Auf nicht einmal einem Quadratkilometer leben 8000 Menschen. Das kann nicht von Vorteil sein.“ Der Grünen-Stadtverordnete René Bacher betonte, „wir wollen ohne Wenn und Aber, dass die grüne Wiese weiter existiert“ und DL/FW-UDS-Fraktionschef Jens Hinrichsen machte deutlich: „Eine weitere Verdichtung in dem Gebiet ist mit uns nicht zu machen.“ Gieseler warnte davor, solange der

Bebauungsplan fürs Innenohr bestehe, könne Wohnansiedlung in Randgebieten – wie etwa auf dem Friedhofserweiterungsgelände oder entlang der Feldstraße im Westend – nicht geplant werden, da erst innerstädtisch verdichtet werden müsse.

Allerdings waren CDU, Grüne und DL/FW-UDS die einzigen Fraktionen, die den Bebauungsplan aufheben wollten. Letztendlich scheiterten die Anträge an den Gegenstimmen der anderen Fraktionen. Der WIR-BFD-Fraktionschef Harald Nalbach entgegnete Gieseler: „Was sie beantragen ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Wenn wir nichts tun, erreichen wir das Gleiche und sparen Geld.“ Man wolle zwar das Grün erhalten und keiner wolle dort bauen, brauche aber den Bebauungsplan nicht ändern, weil die Fläche im Besitz der Kreisstadt sei. In den Tenor stimmte die SPD mit ein, Fraktionschef Rainer Engelhardt merkte an, sich Optionen für die Zukunft offenlassen zu wollen. Bürgermeister Jürgen Rogg erläuterte, es sei „unschädlich“, dem Antrag zuzustimmen. Der eine wie der andere Weg sei für die Verwaltung das Gleiche.

15.03.2017 Offenbach Post

Nebulöse Strukturen verdichtet: Strippenzieher bestimmt Nachfolger

Neuer Hausverwalter im Spessartviertel schon Geschichte

Dietzenbach - Das Spessartviertel kommt nicht zur Ruhe. Der im Dezember gewählte Hausverwalter ist bereits wieder Geschichte. Die Strippen zieht indes ein „alter Bekannter“. Von Ronny Paul

Sven Adam, im Dezember gewählter Hausverwalter der fünf Hochhäuser im östlichen Spessartviertel, ist nicht mehr Geschäftsführer und Gesellschafter der „Sven Adam Liegenschaftsverwaltung GmbH“. Dies geht aus einem der Redaktion vorliegenden Schreiben an Adam hervor. Dort heißt es: „Sie wurden in der Gesellschafterversammlung vom 7. März 2017 mit sofortiger Wirkung als Geschäftsführer abberufen.“ Ebenfalls wird mitgeteilt, dass die Adam Liegenschaftsverwaltung GmbH nun unter neuem Namen, Immobilienverwaltung Rosenpark GmbH, firmiert. Das Schreiben ist unterzeichnet von Alexander Minch, der sich als Geschäftsführer der Immobilienverwaltung Rosenpark ausgibt, aber bislang im Spessartviertel noch nicht in Erscheinung getreten war.

Warum Adam aus seiner eigenen Firma gefeuert werden konnte, erklärt er selbst: Er habe mit Marcel Haufschild, Mehrfacheigentümer und Mitglied des Verwaltungsbeirats der WEG Rosenpark, im Oktober eine Treuhandvereinbarung abgeschlossen. Haufschild fungierte als Treugeber, Adam agierte also in dessen Namen als Treuhänder. Begründung: Haufschild könne nicht als Gesellschafter und auch sonst überhaupt nicht öffentlich auftreten. Bereits im Jahr 2012 sei Haufschild mit diesem Wunsch an ihn herangetreten, die Anlage als Verwalter zu übernehmen. Damals habe er abgelehnt, so Adam. Nach Abschluss des Vertrages habe sich Adam vereinbarungsgemäß bei der Eigentümerversammlung Anfang Dezember als Geschäftsführer vorgestellt. Die Eigentümer wussten indes nichts von der Treuhandvereinbarung und dem Mann im Hintergrund. Adam sagt dazu: „Treuhandverträge werden haufenweise abgeschlossen, der Treuhänder darf das aber nicht an die große Glocke hängen.“

Zerwürfnis zwischen Adam und Haufschild

Doch schon bald kam es zum Zerwürfnis zwischen Adam und Haufschild, das bestätigen beide. Adam schildert aus seiner Sicht, er habe die Anlage nach Gesetz verwalten wollen. Doch da habe ihm Haufschild einen Strich durch die Rechnung gemacht, ihm Zugang zu Unterlagen verwehrt, Briefe abgefangen, Adams Handeln überwacht. Haufschild habe seine Arbeit blockiert, wo es nur ging, berichtet Adam. Relativ schnell habe er gemerkt, dass Haufschild für jede Leistung zuerst Vollmachten verlange, mit denen dann bei Versammlungen Mehrheiten zu erzielen sind. Auch finanziell gehe es nicht mit rechten Dingen zu, meint Adam. Er habe das Finanzamt informiert.

Als Adam am 24. Februar einen Drohbrief erhielt, meldete er dies gleich der Polizei. Ebenfalls habe er eine zehnteilige Strafanzeige gegen Haufschild gestellt. Sein Vorwurf lautet: Verdacht auf versuchten Betrug, Verletzung des Datenschutzes, Vortäuschung falscher Tatsachen, Bedrohung und Nötigung. Nicht die erste Strafanzeige gegen Haufschild: Im November 2013 hatte etwa die Wohnungsgesellschaft Dietzenbach, die zu zwei Dritteln der Stadt gehört und rund 90 Wohnungen im Spessartviertel besitzt, Klage gegen Haufschild eingereicht. Unter anderem wegen Urkundenfälschung, Betrug und Beihilfe zum Steuerbetrug. Auch nach mehr als drei Jahren wurde noch nichts vor Gericht verhandelt. Im aktuellen Fall werde eine weitere Klage geprüft, heißt es aus dem Rathaus.

Spessartviertel: Wohnblöcke ohne Namen

Letztlich kam es wohl am 28. Februar zum Eklat im Büro der Hausverwaltung, das Haufschild an Adam vermietet hatte. Auch das bestätigen beide. Adam sagt, da sei er aus der Haut gefahren und habe Haufschild seine Meinung gesagt. Quellen berichten, er sei sogar mit einem Vorschlaghammer Richtung Haufschild gelaufen. Adam selbst bestreitet das. Nach diesem Eklat habe Haufschild Adam aus dem Büro ausgesperrt und sich einen Leibwächter zugelegt, wird im Quartier kolportiert. Letztlich sei der Vertrag im beiderseitigen Einvernehmen aufgelöst worden, so Adam: „Ich bin komplett raus.“ Er prognostiziert: „Wenn die Eigentümer nicht wach werden und Haufschild die Vollmachten entziehen, geht's einfach so weiter.“

Auf die aktuellen Veränderungen angesprochen, beteuert Haufschild, es sei ja nichts Schlimmes passiert, es habe nur Meinungsverschiedenheiten gegeben, und irgendwie habe alles nicht mehr zusammengepasst. Die Anlage zu verwalten, sei eben aufgrund der Streitigkeiten von unterschiedlichen Gruppen nicht einfach. Man habe nur den Geschäftsführer gewechselt, das sei besser, als die ganze Verwaltung auszutauschen. Alexander Minch sei nun neuer Geschäftsführer, auf den in der kommenden, noch nicht angesetzten Eigentümerversammlung ein weiterer, zusätzlicher Geschäftsführer folgen solle, so Haufschild.

(Ronny Paul)

28.01.2017 Offenbach Post

Runder Tisch gegen Probleme im Viertel

Im Haus der Integration bündeln sich soziale Kräfte: Es diskutieren Walter Fontaine, Fachbereichsleiter Soziale Dienste (von links), Erster Stadtrat Dieter Lang, Johannes Leva von der Projektstelle Gemeinwesenarbeit, Bonhoeffer-Schulsozialarbeiterin Anja Straubel sowie Hans-Jürgen Daum, Abteilungsleiter Jugendhilfe und Soziale Arbeit.

Dietzenbach - Im Haus der Integration bündeln sich die sozialen Kräfte der Kreisstadt. Auch, um dem Strukturwandel im Quartier Herr zu werden. *Von Ronny Paul*

Das Haus der Integration an der Justus-von-Liebig-Straße 19 ist, wie berichtet, bezugsfertig. Am 31. Januar ziehen [mehr als 60 Geflüchtete dort ins erste und zweite Obergeschoss ein](#). Doch das Haus solle nicht nur Unterkunft für Geflüchtete sein, sondern der ganzen Stadt zugute kommen, betont Erster Stadtrat Dieter Lang. Auf drei Etagen und 2570 Quadratmetern gibt es auch Schulungsräume und einen großen Saal für etwa Chorproben oder Informationsveranstaltungen.

Darüber hinaus haben die städtische Projektstelle Flüchtlinge, zwei Mitarbeiter des Fachbereiches Bau- und Immobilienmanagement sowie Johannes Leva, Sozialarbeiter der Projektstelle Gemeinwesenarbeit im Fachbereich Soziale Dienste, ihre Büros dort. Ebenso vertreten sind vier Sozialarbeiter der Arbeiterwohlfahrt, eine Mitarbeiterin der Diakonie sowie die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe. Detlef Bittner, Kontaktbeamter der Dietzenbacher Polizei, bietet dort in Zukunft

einmal die Woche Beratungen an. Erster Stadtrat Lang lobt das Dietzenbacher Netzwerk: „Sowas findet man in keiner anderen Stadt im Kreis.“

Die Vernetzung im Quartier, die bis hoch zur Volkshoch- und Dietrich-Bonhoeffer-Schule (DBS) reicht, manifestiert sich auch an einem Runden Tisch, der sechsmal im Jahr tagen soll. Daran sitzen unter anderem die im Haus der Integration beheimateten Akteure, die Sozialarbeiterinnen der Bonhoeffer- und der Ernst-Reuter-Schule, Vertreter der Stadt, der Vhs, der Hausaufgabenhilfe und der Polizei.

Das soll Kräfte bündeln und auch Probleme in dem Wohngebiet beheben. Dort, zwischen Messenhäuser-, Robert-Koch- und Max-Planck-Straße, habe sich ein „grundsätzlicher Strukturwandel“ vollzogen, sagt Hans-Jürgen Daum, Abteilungsleiter Jugendhilfe und Soziale Arbeit. Das belegt er mit Zahlen: 2010 lebten in den vier Wohnblocks rund 660 Menschen, 2016 waren es bereits 944. „44 Prozent der Anwohner sind aus Osteuropa“, informiert Daum. Hauptsächlich Menschen aus Bulgarien und Rumänien, die sich dort niedergelassen haben. Auch dazu hat Daum Zahlen parat: 394 Menschen stammen aus den beiden Ländern, 2010 waren es lediglich 45.

In den Wohnblocks haben früher vornehmlich türkische Mitbürger gewohnt, überwiegend aus Düzbag. Doch die Bevölkerungsstruktur habe sich innerhalb von drei bis vier Jahren verändert. „Das hatten wir gar nicht so auf dem Schirm“, gesteht Daum. Er berichtet von Überbelegungen in den Wohnungen und von Konflikten zwischen muslimischen Mitbürgern und Osteuropäern. Dabei gehe es häufig um Probleme mit Lautstärke, Alkohol und Kleiderordnung. Der Strukturwandel wirke sich auch auf die DBS, die im Einzugsgebiet der Wohnblocks liegt, aus, berichtet Walter Fontaine, Fachbereichsleiter Soziale Dienste. Zum einen in Sprachproblemen und zum anderen in Konflikten unter den Eltern und auch Schülern. Fontaine informiert, dass die Stadt versuche, erneut in das von Bund und Land geförderte Programm „Soziale Stadt“ zu kommen. Zehn Jahre lang habe die Kreisstadt im Spessartviertel vom Programm profitiert. Das möchte Fontaine nun für das Quartier um die Robert-Koch-Straße herum erreichen. „Das wäre für die Wohngegend außerordentlich wichtig“, betont er.

Zwei neue Mitarbeiter der Stadt, Johannes Leva und DBS-Schulsozialarbeiterin Anja Straubel, haben schon „in kurzer Zeit ihr Fachwissen nachgewiesen“, lobt Fontaine. Leva hat sein Büro im Haus der Integration, Straubel in der DBS. Die beiden und ihre Aufgaben stellen wir in demnächst vor.

30.12.2016 Offenbach Post

Sven Adam resümiert seine ersten Wochen als Hausverwalter

Hochhäuser im Spessartviertel: „Man wächst mit den Aufgaben“

Dietzenbach - Noch keinen Monat ist **Sven Adam Hausverwalter im Spessartviertel**. Einen ersten Überblick hat er sich bereits geschafft und sagt: „**Ich habe einen Scherbenhaufen übernommen.**“
Von Ronny Paul

Im Spessartviertel sind die Karten neu gemischt: [Die Eigentümer haben, wie berichtet, Anfang Dezember die Obertshausener Hausverwaltung „Abendschein und Hetschold UG“ ab- und die Frankfurter „Adam Liegenschaftsverwaltung GmbH“ neu gewählt](#). Und gleich nach der Wahl der neuen Hausverwaltung für die fünf Hochhäuser des Spessartviertels bekommt Sven Adam einen Vorgeschmack, was ihn dort erwartet: Er sei noch im Hotel Sonnenhof von zwei Wohnungseigentümern massiv angegangen worden, er solle sich warm anziehen, schildert Geschäftsführer Adam. Nicht die einzige Bekanntschaft, die er in den wenigen Wochen als Hausverwalter des Quartiers bereits gemacht hat. „Einige Eigentümer kamen auf mich zu und

wollten mitarbeiten – sie versuchen sich, über Umwege in die Verwaltung zu mogeln.“ Einer habe technischer Leiter der Hausverwaltung werden wollen, gleich ums Gehalt geschachert, seine Mutter als Beraterin anstellen und obendrauf noch eine Wohnung anmieten wollen – auf Kosten der Hausverwaltung. Doch Adam stellt schnell im persönlichen Gespräch fest: „Er hat keine Ahnung von Technik.“ Als der Mann merkt, dass er bei Adam auf taube Ohren stößt, folgt die Drohung: Bei der nächsten Wahl werde Adam nicht mehr gewählt.

Doch der Hausverwalter, der neben den fünf Hochhäusern aktuell noch für 22 weitere Objekte im Rhein-Main-Gebiet zuständig ist, hat ein klares Prinzip: „Es gibt gesetzliche Vorgaben – Wünsche und Vorstellungen stehen da zurück.“ Als Verwalter müsse er neutral bleiben und für alle da sein. „Adam ist bekannt dafür, in Not geratene Wohnungseigentümergeinschaften auf Vordermann zu bringen“, betont Simeon Deltschev, technischer Leiter der Hausverwaltung. Warum Adam sich gerade das Spessartviertel ausgesucht hat? „Man wächst mit den Aufgaben“, sagt er. Das passt zu Adams Lebenslauf: Der 36-Jährige ist gelernter Chemikant, war jahrelang Zeitsoldat und ist dann bei einer Rechtsanwaltskanzlei eingestiegen. Dort hat er sich unter anderem um Zwangsverwaltungen gekümmert.

Im Spessartviertel steht Adam nun offensichtlich vor einer Mammutaufgabe. Nach dem ersten Überblick – „Es hat eine Zeit lang gedauert, bis Abendschein uns die Unterlagen übergeben hat“ – schwant Adam, auf was er sich da eingelassen hat: „Ich habe einen Scherbenhaufen übernommen“, sagt er, überlegt kurz und ergänzt: „Hier ist die Titanic eigentlich schon untergegangen.“ Eine Liste mit mehr als 70 Gerichtsverfahren liegt ihm vor: „Alles Streitigkeiten untereinander.“ Das sei darauf zurückzuführen, „dass hier einer gesessen hat, der keine Ahnung hat“, sagt Adam. Deltschev wirft schmunzelnd ein: „Wenn’s der Adam nicht packt, dann packt’s keiner.“

Spessartviertel: Wohnblöcke ohne Namen

Schon in den ersten Wochen flatterte ein Kostenfestsetzungsbeschluss vom Amtsgericht Offenbach über 104.000 Euro ins Haus, der bis zum Ablauf des Jahres zu zahlen sei – mit dem Hinweis: „Da stehen noch welche aus“, berichtet Adam. Das Problem: Die Hausverwaltung hatte bislang noch keinen Kontozugang, „die Bank lässt sich Zeit“. Zahlungen, die von den Rücklagen weg- und zulasten der Gemeinschaft gehen. „Der eigene Geldbeutel ist das, was zieht“, mutmaßt Deltschev. Auch der Vandalismus im Quartier gehe im Endeffekt zulasten der Mieter: „Irgendwo wird das Geld umgelegt.“ Den Vandalismus wolle man im Keim ersticken, so Deltschev: „Wir wollen mit harter Hand durchgreifen.“

Doch das geht nicht immer so einfach, der Hausverwalter sei nur ausführendes Organ: „Manchmal können wir was machen, manchmal sind wir auf Mehrheiten angewiesen“, sagt Adam, betont aber, „Wenn die Eigentümer mitmachen, bekommen wir das in den Griff.“ Ein langer Prozess, prognostiziert er: „Was 30 Jahre schief lief, kann nicht in drei Monaten behoben werden, das kann zehn Jahre dauern.“ Mit der Stadt hat Adam bereits gesprochen, unter anderem über die nicht funktionierende Mülltrennung im Quartier, die sich finanziell bemerkbar macht. „Die Müllgebühren sind für die fünf Hochhäuser von 325.000 Euro im vergangenen Jahr auf 675.000 angestiegen“. Die Stadt habe beim Thema Müll Unterstützung angeboten, sagt Adam.

Die „Sven Adam Liegenschaftsverwaltung“ kümmert sich nun um die fünf Hochhäuser des Spessartviertels.

Dietzenbach - Nach fast fünf Jahren verwaltet die „Abendschein und Hetschold UG“ nicht mehr die fünf Hochhäuser des Spessartviertels. Die Eigentümer haben die Hausverwaltung abgewählt, gegen die die Staatsanwaltschaft ermittelt. *Von Ronny Paul*

Gegen 19 Uhr klappt Hausverwalter Manfred Abendschein seinen Laptop zusammen, bedankt sich für die Zusammenarbeit, steht auf und geht. Der wohl letzte Akt der Spessartviertel-Hausverwaltung „Abendschein und Hetschold UG“. Denn bei der Erbbauberechtigtenversammlung

am Samstag im Hotel Sonnenhof wurde die amtierende Verwaltung eindeutig abgewählt. „Es ist ein guter Tag für die Wohnanlagen und für die dort lebenden Menschen“, sagt Walter Fontaine. „Und auch für die Wohnungsgesellschaft Dietzenbach“ (WGD), deren Geschäftsführer Fontaine ist. Er berichtet: Von 100.000 Miteigentumsanteilen seien 81.631 stimmberechtigt gewesen, allein 50.548 davon entfielen auf die neue Hausverwaltung aus Frankfurt, die „Sven Adam Liegenschaftsverwaltung“.

Diese ist seit Samstag mit sofortiger Wirkung für die kommenden zwei Jahre im Amt. Insgesamt standen vier zur Wahl, Abendschein und Hetschold bekamen lediglich eine Stimme. Auch Verwaltungsbeiratsvorsitzender Marcel Haufschild ist seinen Posten los. Dessen Stelle nimmt nun Wohnungseigentümer Hassan Annou ein, der laut Fontaine durch „geschickte Verhandlungen und gute Fügung der Dinge“ mit großer Mehrheit gewonnen hat. Haufschild schaffte es dennoch, einen Sitz im Beirat zu ergattern.

Damit endet eine unrühmliche Ära. Und das, obwohl Abendschein auch diesmal versucht habe, durch eine Wiederwahl Gerichtsurteile zu umgehen, sagt Fontaine. Sowohl gegen Abendschein und Hetschold als auch gegen Haufschild ermittelt die Staatsanwaltschaft: Es gab Hausdurchsuchungen der Büros und Privaträume, unter anderem wegen Verdachts auf Betrug, Untreue, Urkundenfälschung und andere Straftaten, fasst Fontaine zusammen, der jahrelang mit beiden juristisch im Clinch lag. „Wir sind immer wieder ausgetrickst worden“, erinnert er und hofft: „Das hat jetzt ein Ende, dafür haben wir hart gearbeitet, entsprechend groß ist die Freude.“

Dabei schien die Versammlung erneut unter ähnlich schlechten Vorzeichen zu stehen wie die etlichen zuvor: Eigentümer Peter Kunth etwa hatte seine Teilnahme im Vorfeld abgesagt, weil er vermutete, dass der seit fast fünf Jahren amtierende Hausverwalter Manfred Abendschein „keine freie Diskussion und Meinungsbildung“ zulassen werde: „Der Psychoterror wird in der durch den Saalschutz abgesperrten Versammlung durch die teilweise bewaffneten und potenziell gewalttätigen [...] Saalschützer erneut Platz greifen.“

Dem war nur teilweise so, schildert Fontaine. Eine geheime Wahl war diesmal im Gegensatz zu den vorherigen Versammlungen möglich. Und obwohl zehn Saalschützer ein „ungutes Gefühl“ haben aufkommen lassen, empfand Fontaine die Versammlung als „ruhig und größtenteils sachlich“.

Pikant: Fontaine prüfte vor der Versammlung zusammen mit zwei Eigentümern Vollmachten, gesammelt in 20 Aktenordnern, „darunter originale, aber auch etliche Kopien“, berichtet er. „Merkwürdigerweise waren auch Vollmachten aus dem Jahr 2014 dabei, die die Polizei bei den Hausdurchsuchungen nicht gefunden hatte.“ Fontaine hat derweil schon Kontakt zur „Sven Adam Liegenschaftsverwaltung“ aufgenommen und ein Gespräch im Rathaus zwischen der Verwaltung, dem WGD-Geschäftsführer, Bürgermeister Jürgen Rogg und Erstem Stadtrat Dieter Lang vereinbart.

04.08.2016 Offenbach Post

Amtsgericht erklärt Beschlüsse der Dezember-Versammlung für ungültig

„Ohrfeige für die Hausverwaltung“ im Spessartviertel

Dietzenbach - Die Wohnungsgesellschaft Dietzenbach hat gegen die Hausverwaltung des Spessartviertels in fünf Punkten geklagt. Das Urteil des Amtsgerichts Offenbach ist eindeutig. *Von Ronny Paul*

„Das Ergebnis ist desillusionierend“, hatte Walter Fontaine, Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Dietzenbach, nach der Erbbauberechtigtenversammlung im Dezember gesagt und kündigte an, es gebe nur den Weg über die Gerichte. Die Spessartviertel-Hausverwaltung „Abendschein und Hetschold UG“ hatte sich, wie berichtet, für zwei Jahre – bis

Ende 2017 – im Amt bestätigen lassen. Die Wohnungsgesellschaft Dietzenbach, die 90 Wohnungen in den fünf Hochhäusern des Spessartviertels besitzt, klagte gegen die Hausverwaltung in fünf Punkten: gegen die Neuwahl von „Abendschein und Hetschold“, gegen die Neuwahl des Verwaltungsbeirats, gegen die Entlastung der Hausverwaltung, gegen die Entlastung des Verwaltungsbeirats und gegen Generalvollmachten für die Hausverwaltung in Bezug auf die Einleitung von Rechtsmitteln. Der letzte Punkt hatte die Hausverwaltung ermächtigt, im Namen der Mieter Rechtsmittel gegen Klagen einzusetzen. Zudem bekommen Verwaltung und Beirat eine separate Vergütung und die Auslagen erstattet.

Das Amtsgericht Offenbach hat dem nun einen Riegel vorgeschoben, dem Kläger in allen fünf Punkten recht gegeben und die gefassten Beschlüsse für ungültig erklärt. „Das ist eine Ohrfeige für die Hausverwaltung“, sagt Fontaine. **Das Vorgehen von „Abendschein und Hetschold“ entspricht nicht einer ordnungsgemäßen Verwaltung, urteilte das Amtsgericht.** Die „absolute Neutralität“ sei vonseiten der Hausverwaltung mehrmals verletzt worden. Bereits das Einladungsschreiben zur Versammlung erachtete das Gericht als nicht neutral. Darin seien vier Eigentümer als „eigensüchtige Quertreiber und Kostenverursacher“ diffamiert worden, was suggeriere, dass gewisse Personen der Gemeinschaft schaden.

Darauf angesprochen sagt Hausverwalter Manfred Abendschein, die Einladung habe verschiedene Absätze gehabt, die durchgängig gelesen, Freiraum zur Interpretation gegeben hätten. Die Eigentümer zu diffamieren sei nicht gewollt und auch nicht so gemeint gewesen. Er frage sich vielmehr: „Was wollen die Kläger bezwecken?“ Für ebenfalls nicht rechtens befand das Amtsgericht das Vorgehen der Hausverwaltung während der Versammlung. Auf gerichtliche Ermächtigung prüften Fontaine sowie die Eigentümer Peter Kunth und Thomas Schulze die Vollmachten auf ihre Richtigkeit. „Trotzdem wurde mit der Versammlung begonnen“, schildert Fontaine. Während die Versammlung lief, sichteten die drei Eigentümer 20 Unterschriftenordner unter Aufsicht von fünf Sicherheitsmännern. Das komme einem versteckten Ausschluss von der Versammlung gleich, heißt es im Urteil. Und weiter: Das sei eine unzulässige, nicht hinnehmbare Einschränkung von Prüfungs- und Mitwirkungsrechten. Alles in allem erscheine die Verwaltung zur weiteren Tätigkeit in der Liegenschaft nicht geeignet.

Fontaine freut es, dass er den Prozess klar gewonnen hat. Allerdings gibt es einen Haken: Innerhalb von einem Monat kann die Hausverwaltung in Berufung vor das Landgericht Frankfurt gehen. Abendschein sagt: „Es spricht einiges dafür, wir prüfen es gerade noch.“ Fontaine sagt: „Die Entscheidungsgründe des Urteils sind klar und eindeutig.“ **Er sei sich sicher, dass das Landgericht genauso entscheide.** „Das wäre das Aus für die Hausverwaltung und würde Neuwahlen herbeiführen – es sei denn, die Hausverwaltung wird sich vor dem Urteil neu wählen lassen.“ Daher sei es wichtig, dass das Landgericht zeitnah eine Verhandlung ansetzt, „damit das Spielchen nicht wieder von vorne losgeht“.

24.03.2016 Offenbach Post

Bericht zu Terror in Brüssel

ZDF bringt Dietzenbach in die Schlagzeilen

Das ZDF hat Dietzenbach im Zusammenhang mit Molenbeek genannt. Bürgermeister Rogg befürchtet dadurch einen enormen Imageschaden. Das Spessartviertel galt lange als Ghetto des Rhein-Main-Gebiets. Allerdings habe sich die Situation dort radikal verbessert, sagt Polizeipressesprecher Henry Faltin. Es gebe keine Erkenntnisse über Radikalisierte und Radikalisierende.

Dietzenbach - Das ZDF bringt in der Berichterstattung über die Anschläge in Brüssel den Namen Dietzenbach ins Spiel. Zu Unrecht, wie Bürgermeister und Polizei bestätigen. Die Stadt fordert eine Richtigstellung. Das ZDF reagiert gestern Abend vor laufender Kamera. *Von Ronny Paul*

Ein Satz im Heute Journal des Zweiten Deutschen Fernsehens hat in Dietzenbach für Verunsicherung gesorgt. Bei Stadtverwaltung, Polizei und auch in unserer Redaktion haben sich gestern Morgen besorgte Bürger gemeldet. Grund: Die Antwort vom stellvertretenden ZDF-Chefredakteur Elmar Theveßen auf die Frage von Moderator Claus Kleber, ob es in Deutschland Orte gebe wie Brüssel-Molenbeek, wo die Sicherheitsbehörden keinen Einblick mehr hätten. Theveßen antwortete: „Es gab oder gibt auch Ansätze in einigen Regionen in Deutschland, wenn man beispielsweise nach **Duisburg-Marxloh guckt, Frankfurt-Dietzenbach** und Ähnliches.“

26.02.2016 Offenbach Post

Niederlage vor Amtsgericht für umstrittene Hausverwaltung

Spessartviertel: Entlastungen waren nicht rechtens

Dietzenbach - Ein weiteres Kapitel in der unendlich anmutenden Geschichte um Klagen im Spessartviertel zwischen Wohnungseigentümern und der Hausverwaltung ist die Woche geschrieben worden. *Von Barbara Scholze*

Manches hat sich mittlerweile überholt, in anderen Fällen gab es klare Ansagen seitens der Richterin. In mündlicher Verhandlung haben mehrere Eigentümer, darunter die städtische Wohnungsgesellschaft (WG) Dietzenbach, gegen Beschlüsse geklagt, die anlässlich der Eigentümersammlung der Großwohnanlage Rosenpark im Dezember 2014 getroffen wurden. Am Zuge ist dort trotz vielseitiger Querelen nach wie vor die umstrittene Hausverwaltung **Abendschein und Hetschold**. Durch verschiedene Umstände bei Gericht fand die Verhandlung erst jetzt statt. Wie Walter Fontaine, Geschäftsführer der WG, nun auf Anfrage mitteilte, urteilte bei dem Prozess am Amtsgericht Offenbach Richterin Annemarie Winckler über mehrere Tagesordnungspunkte der damaligen Versammlung. Dabei habe sie einige Beschlüsse für unwirksam erklärt. Etwa die Entscheidung, die Hausverwaltung mit einer Vollmacht auszustatten, mit der sie nach Bedarf gegen unliebsame rechtliche Verfügungen Rechtsmittel einlegen und Anwälte beauftragen kann. „Was da beschlossen wurde, wäre regelrecht einer Generalvollmacht gleichgekommen“, so Fontaine.

22.02.2016 Offenbach Post

Filmdreh untersagt, Schlagstöcke und Messer beschlagnahmt

Polizeieinsatz im Spessartviertel wegen „Osmanen Germania“

Dietzenbach - Mit etlichen Kräften ist die Polizei gestern Mittag ins Spessartviertel ausgerückt. Grund war eine Ansammlung von 50 bis 60 Personen. Die Gruppierung „Osmanen Germania“ wollte ein Musikvideo drehen.

Mit weit mehr als 30 Einsatzkräften ist die Polizei gestern Mittag gegen 14 Uhr ins Dietzenbacher Spessartviertel ausgerückt, da sich dort 50 bis 60 Personen versammelt hatten. Vor Ort trafen die Beamten auf Mitglieder der Gruppierung „Osmanen Germania“, die mit Waffen und Drogen handeln und sich etwa mit der Rockergruppe „Hell's Angels“ Auseinandersetzungen liefern soll. Die Hintergründe für das Treffen konnten am Abend nicht eindeutig geklärt werden. Wie uns die Polizei heute Morgen auf Nachfrage bestätigte, wollten die Männer an der Laufacher Straße/Ecke Mespelbrunner Weg einen Film drehen. Die Polizei, die Platzverweise erteilte, sprach von „intensiven Personenkontrollen“. Zu Festnahmen kam es nicht. Es wurden jedoch verbotene Gegenstände wie Teleskopschlagstöcke und Messer sichergestellt. Gegen 16 Uhr war der Großeinsatz beendet.

08.12.2015 Offenbach Post

Trotz Ermittlungen der Staatsanwaltschaft

Spessartviertel: Hausverwaltung im Amt bestätigt

Dietzenbach - Am Wochenende hat sich die Spessartviertel-Hausverwaltung bei einer Eigentümersammlung im Hotel Sonnenhof für zwei weitere Jahre im Amt bestätigen lassen. Das Ergebnis ist für die Wohnungsgesellschaft Dietzenbach „desillusionierend“. *Von Ronny Paul*

Die Spessartviertel-Hausverwaltung „**Abendschein und Hetschold UG**“ bleibt bis Ende 2017 im Amt. Dabei hatte das Landgericht Frankfurt bereits 2011 deren Wiederwahl als rechtswidrig eingestuft. Ein Termin am Amtsgericht Offenbach im Juni, bei dem es unter anderem um die Rechtmäßigkeit der „Wiederwahl“ gehen sollte, war, wie berichtet, wegen eines Dezernatswechsels geplatzt. **Verdacht auf Urkundenfälschung** – insbesondere, was Vollmachten für die Erbbauberechtigtenversammlung anbelangt – sowie der Untreue hatten dazu geführt, dass Mitarbeiter der Staatsanwaltschaft Darmstadt im Oktober unter anderem das Büro der Spessartviertel-Hausverwaltung am Marktheidenfelder Weg durchsuchten und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet haben.

Spessartviertel: Versammlung eskaliert

Staatsanwalt prüft Vorwurf der Nötigung

Die Hausverwaltung der Hochhäuser im Spessartviertel hält sich mit allen Mitteln an der Macht.

Dietzenbach - Die Erbbauberechtigtenversammlung für die fünf Hochhäuser im Spessartviertel am Samstag im Hotel Sonnenhof ist nun auch ein Fall für die Staatsanwaltschaft.

Wie berichtet, war die Versammlung, in der es auch zu Handgreiflichkeiten gekommen war, gegen 19 Uhr von der Polizei unterbrochen worden. Die anwesenden Wohnungseigentümer mussten den Saal verlassen. Zurück blieb unter anderem Hausverwalter Manfred Abendschein, der von den Beamten befragt wurde. Wie die Staatsanwaltschaft Darmstadt auf Anfrage mitteilte, geht es um den Vorwurf der Nötigung, der nun geprüft werde. Wie mehrere Anwesende berichteten, habe dieser einer Eigentümerin Unterlagen entrissen und dabei auch leicht verletzt.

13.03.2009 Offenbach Post

Fördermittel fließen bis 2011

Dietzenbach - Eigentlich sollte die Sanierung des östlichen Spessartviertels bereits am 31. Dezember 2008 zu Ende gegangen sein. Doch die Fördermittel aus dem Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“ und damit auch das Quartiersmanagement der Nassauischen Heimstätte (NH) sind nach etlichen Verzögerungen um drei Jahre bis 2011 verlängert worden. *Von Barbara Wellmann*

„**Verstetigen und neue Akzente setzen**“, so lauten die Herausforderungen für die nächsten Jahre, die das mit dem Quartiersmanagement beauftragte Team der Nassauischen Heimstätte angehen will. Die Grundlage für die Verlängerung war die Absichtserklärung der Stadt Dietzenbach gegenüber dem Hessischen Wirtschaftsministerium, weitere notwendige und geplante Schritte zur Stabilisierung des Gebietes – wie das **vier Millionen Euro teure Bildungshaus, das Boxprojekt sowie die Etablierung eines Nachbarschaftsfestes im Stadtteil** – anzugehen. Aber auch, um laufende

Maßnahmen wie das Projekt „Wir bewegen uns“ auch über den Förderzeitraum hinaus sicherzustellen.

„Insbesondere die Perspektive Bildungshaus hat neben der geleisteten Arbeit den Ausschlag für das Ministerium gegeben, einer Verlängerung zuzustimmen“, erläutert Marion Schmitz-Stadtfeld von der [NH](#). Aus den Gesprächen im Vorfeld wisse sie, dass noch weitere Mittel bereitgestellt werden sollen. Dadurch erhalte die Stadt „die einmalige Chance“, etwa das Bildungshaus überwiegend mit Geld von Bund und Land umsetzen zu können.

Die NH hat ihr Team neu aufgestellt und ab sofort für die Bewohner des Spessartviertels einen zusätzlichen Ansprechpartner vor Ort. Im Stadtteilbüro ergänzt Diplom-Pädagoge Christian Löffler die Arbeit von Jan Thielmann, der die Projektleitung übernimmt. Löffler kennt Dietzenbach und die Menschen aus dem Viertel bereits aus seinen Engagements für die Stadt im Jugendzentrum, bei den Ferienspielen und in der Hausaufgabenhilfe. Deshalb wird er einen Schwerpunkt auf die vermehrte Einbeziehung der Jugendlichen legen.

Alle Interessierte sind eingeladen, das Stadtteilbüro (Lohrer Weg 2-4, Wohnung 7) zu besuchen: dienstags von 16 bis 18 Uhr und mittwochs von 9 bis 11 Uhr. Weitere Infos unter: 06074 /483715.

„Die in den vergangenen Jahren erreichte Verbesserung der Lebensqualität soll mit dem Team um zusätzliche sozialpädagogische Kompetenzen erweitert werden“, sagt Thielmann. So soll etwa ein Nachbarschaftsfest etabliert und ein Sozialmanagement entwickelt werden.